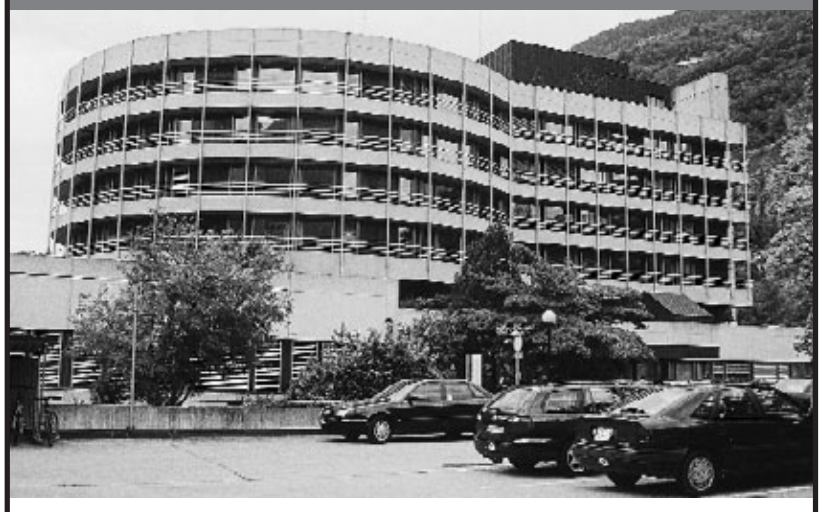
ROTE ANNELIESE

Nr. 169 / September 2001 Fr. 4.50

CVP-Verwaltungsrat wählt Spitaldirektor



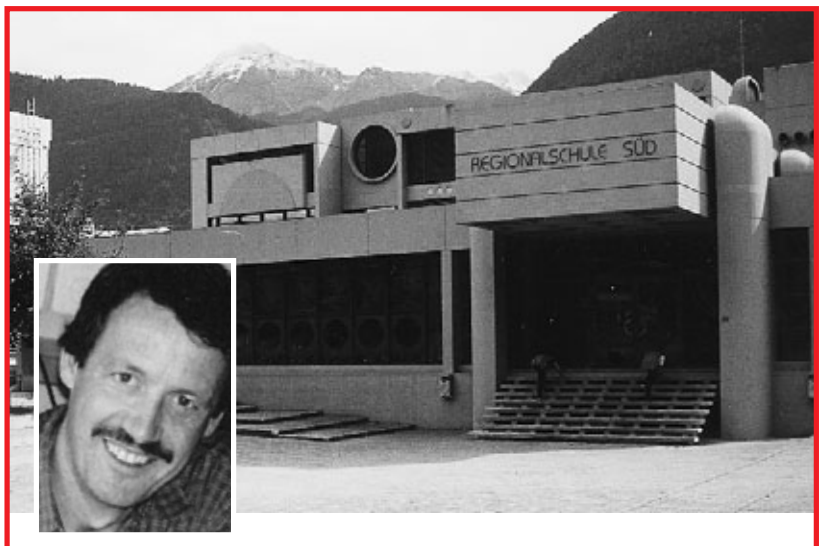
Finanzchef des Spitals kaltgestellt!

Seite 3

Das griechische Geschenk

Strafrechts-experte beurteilt den Fall Rey-Bellet

Seite 9



Schuldirektor Salzmann:

«Skinheads sind an der OS ein Modetrend»

Seite 6

Autobahn Raron–Visp

Gelbe Connection hält alle zum Narren!

Seite 4

Gemeindeschocker: Weitere 12 Millionen für Spitäler Seite 3

Bagdad und Manhatten: Vom bunten Feuerwerk zum blutigen Terror

Erinnern Sie Sich noch? Vom 17. Januar bis zum 28. Februar 1991 fand der Golfkrieg statt. Bagdad wurde von den Amerikanern bombardiert. Der amerikanische Fernsehsender CNN lieferte die Bilder live in die Stuben. Die CNN-Reporter verglichen den nächtlichen Bombenhimmel über Bagdad mit einem «Christbaum» und mit dem «Feuerwerk am amerikanischen Nationalfeiertag». Ein CNN-Reporter war entzückt: «Rote, gelbe, weisse Lichtspuren und Explosionen. Hübsch!» Die CNN-Bilder zeigten keine flüchtenden Menschen in den Strassen von Bagdad. Am anderen Tag stieg schwarzer Rauch aus Bagdad auf. Hochhäuser stürzten ein. Militärstrategen sprachen von einer neuen Ära der Kriegsführung. Präsident Bush senior nannte es den Krieg des Guten gegen das Böse. Europa zeigte wenig Betroffenheit. In der Schweiz läuteten keine Kirchenglocken. Die Börsen zeigten nach oben.

Im WB vom 23. April 1991 schreibt Raymund Wirthner: «So mag es heute nicht überraschen, dass man in den USA den Golfkrieg bereits 1987 geplant hatte. Gescheite Leute schrieben schon damals, dass proisraelische Kräfte im Weissen Haus Amerika in einen Krieg rissen. Es wurde also ein weiterer Kriegsdurchgang vorbereitet, um sich den Zugang zum reichen Golf zu verschaffen. Halten wir fest: Der Bolschewismus will die Weltherrschaft, und die amerikanischen Banker wollen das auch. Um diesen Kampf geht es. Die Hochfinanz inszeniert das Machtspiel. Unsere Proteste sind kaum Mückenstiche, denn die USA führen kostendeckenden Krieg und Israel erwartet keine Druck seitens der USA.»

*

11. September 2001: Terroristen bringen mit Flugzeugen die WTO-Türme zum Einsturz. CNN liefert Direktbilder in die Stuben. Der CNN-Reporter kommentiert den Einsturz mit den Worten «Horror», «Katastrophe» und «Apokalypse». Schwarzer Rauch steigt aus Manhattten auf. Die WTO-Türme stürzen ein. Es wird von einer neuen Dimension des Terrorismus gesprochen. Präsident Bush junior spricht vom Krieg des Bösen gegen das Gute. CNN zeigt flüchtende Menschen in den Strassen von Manhatten. Die Menschen weinen und sind verzweifelt. Die Zahl der Toten wird auf mehrere Tausend geschätzt. Tiefe Betroffenheit in Europa. In der Schweiz läuten die Kirchenglocken. Die Börsen zeigen nach unten.

*

Der Golfkrieg dauerte 41 Tage und forderte 40 000 zivile Tote. Die von den USA inszenierte wirtschaftliche Blockade gegen den Irak forderte laut Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) in den letzten zehn Jahren 500 000 Kindern das Leben. Das sind jeden Tag 130 Kinder oder fünf Schulklassen!

Kurt Marti

Inhalt

Spitalrechnung: 12 Millionen ▶ Seite 3

Spitalwahl: Finanzchef kaltgestellt ▶ Seite 3

Autobahn: Gelbe Connection ▶ Seite 4

Skinheads: Auf dem Vormarsch ▶ Seite 6

Blitzingen: Illegale Pferdeboxen ▶ Seite 8

Rey-Bellet: Zweifelhafte Geschenke ▶ Seite 9

Stromhandel: Leitungen überlastet ▶ Seite 10

Bauernpolitik: Nichts in Butter! ▶ Seite 11

Homosexualität: Kirchenhahn kräht ▶ Seite 12

Rote Meile: Gesetze fehlen ▶ Seite 14

Widerspruch: 20 Jahre jung ▶ Seite 15

Arnold Künzli: Citoyen gegen Bourgeois ▶ Seite 16

Herbert Dirren: Verunsicherung ▶ Seite 19

Oberwald: Wo ist der Müll? ▶ Seite 20

Dicke Eier

Impressum

Rote Anneliese (ra)
Auflage: 3000
Jahresabo: Fr. 30.–
Unterstützungsabo: 60.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
Kurt Marti (ktm)
Patrick Zehner (pz)

Sekretariat
Ursula Schild

Freie MitarbeiterInnen
Renata Werlen,
Cyrill Pinto (cp),
Dominik Luggen,
Andreas Weissen (aw),
Hilar Eggel (he)

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
Fax 027 923 69 71
rote.anneliese@rhone.ch

Fournier mit gespaltener Zunge

In der September-Session lehnte Fournier das Stimmrecht für AusländerInnen auf Gemeindeebene mit der Begründung ab, der Weg über die erleichterte Einbürgerung scheine ihm besser. Diese werde nun auf eidgenössischer Ebene geregelt. Noch vor einem halben Jahr hat Fournier genau des Gegenteil nach Bern geschrieben. In seiner Stellungnahme zur Revision des Bürgerrechtes stellte sich der Kanton Wallis als einziger Kanton gegen eine erleichterte Einbürgerung von AusländerInnen der zweiten Generation. Ebenfalls die AusländerInnen der dritten Generation will Fournier nicht erleichtert einbürgern, wie aus der Auswertung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes hervorgeht. Zudem möchte Fournier, dass die Burgerschaften weiterhin horrende Summen für die Einbürgerungen kassieren.

Marie-Theres Schwery und die Binnenschifffahrt

In ihrer OGA-Rede pries Marie-Theres Schwery die Innovationskraft des Oberwalliser Gewerbes. Als erstes Beispiel nannte sie die Schifffabrik in Oberwald. Auch in einem Binnenland wie der Schweiz sei es möglich, Schiffe zu bauen. Ein Augenschein in Oberwald zeigt, dass die Binnenschifffahrt der Schweiz offenbar in einer tiefen Krise steckt. Denn vor den Eingangstüren der Fabrik wächst das Gras kniehoch und in der Fabrik kann man mit dem besten Willen keine Schiffe erspähen.

Chapf im Haslital – Nerv der Walliser Wirtschaft

Was der Chapf-Felsen im Haslital doch für enorme wirtschaftliche Auswirkungen hat! Er ist der Nerv der Walliser Wirtschaft. Da kann die Walliser Wirtschaftsförderung die Hände getrost in den Schoss legen. Der WB berichtete im Sommer von Einbussen des Coops und der Migros in Brig und Visp. Auch die **Rote Anneliese** machte sich auf die Socken und wurde fündig: In St. Gingolph am Genfersee bestätigte uns die Kioskverkäuferin, dass in den Wochen nach der Grimselsperrung eindeutig weniger TouristInnen nach St. Gingolph gekommen sind. Doch sogleich fügt sie an, das könne auch einen Zusammenhang mit dem schlechten Wetter gehabt haben.

Sogenannte «Jugendrandgruppen»

Mit «polizeilich bekannte Jugendrandgruppe» bezeichnet neuerdings die Briger Stadtpolizei die rechtsextremen Skins. Wollte die Polizei verheimlichen oder war sie nur auf der Suche nach einem treffenderen Wort, einer schöneren Umschreibung für rechte Schläger? Für die nächste Pressemitteilung über eine erneute Schlägerei der Skins empfiehlt die **Rote Anneliese:** «Als sich die vergangene Woche dem Ende zuwandte und die Sonne den Horizont unterschritten hatte verwandelte sich der Sebastiansplatz zu einem Orte des lebendigen Meinungsaustausches wobei die Gruppierung mit dem polizeitauglichen Haarschnitt die schlagkräftigeren Argumente zu haben schien.»

■ **Endlich kommen die Spitalblockierer zur Kasse**
■ **Neueste Berechnungen des Gesundheitsdepartementes zeigen:**
■ **Mangelnde Kostentransparenz der Spitäler kostet 12 Millionen**

Staatsrat verlangt: Gemeinden sollen zahlen!

SITTEN – **Die mangelnde Kostentransparenz der Spitäler wird die öffentliche Hand im nächsten Jahr weitere 12 Millionen kosten. Dies geht aus den neusten Berechnungen des Gesundheitsdepartementes hervor. Für die Kostentransparenz sind die Gemeinden als Eigentümerinnen der Spitäler zuständig. Deshalb fordert der Staatsrat: Die Gemeinden sollen zahlen!**

VON KURT MARTI

Die Gemeinden als Besitzerinnen der Spitäler haben bis jetzt die Spitalplanung von Staatsrat Thomas Burgener hartnäckig bekämpft. Eifersüchtig hockten sie auf ihren schwarzen und gelben Hochburgen. Niemand war bereit, auch nur ein Operationsmesser oder einen Venenkatheter abzugeben. Solange der Kanton und die Krankenkassen die Mehrkosten für die Überkapazitäten grosszügig subventionierten, sahen sich die Gemeinden in ihrer Grossspurigkeit noch bestätigt.

Doch jetzt kommen die KirchturmpolitikerInnen zur Kasse und das dürfte ihr steuernzahlendes Fussvolk gar nicht freuen. Gemäss Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) ist die öffentliche Hand verpflichtet, sich an den Spitalkosten der allgemeinen Abteilung zu beteiligen. Die Krankenkassen müssen maximal 50 Prozent zahlen. Der Rest geht zu Lasten der öffentlichen Hand. Im Wallis übernahm die öffentliche Hand bisher 50 Prozent (40 Prozent der Kanton, 10 Prozent die Gemeinden). Das wird sich ändern.

Gemeinden tragen die Verantwortung

Gemäss KVG hat der Preisüberwacher das Recht, den Anteil der öffentlichen Hand an den Spitalkosten um mehrere Prozente zu erhöhen. Hauptsächliches Kriterium ist dabei die Kostentransparenz der Spitäler. Je besser die Qualität der gelieferten, finanziellen Daten der Spitäler, desto näher liegt der Anteil bei 50 Prozent, desto weniger wird die öffentliche Hand zur Kasse gebeten. Damit hat der Preisüberwacher ein Instrument in der Hand, die öffentliche Hand zur besseren Kontrolle der Spitalrechnungen und demzufolge zu Kosteneinsparungen im Spitalsektor zu zwingen.

Das Gesundheitsdepartement geht davon aus, dass aufgrund der mangelnden Kostentransparenz der Walliser Spitäler, der Preisüberwacher den Anteil der öffentlichen Hand um rund fünf Prozent auf 55 Prozent erhöhen wird. Dies ergibt laut Berechnungen des Gesundheitsdepartementes rund 12 Millionen Mehrkosten zu Lasten der öffentlichen Hand. Für die Kostentransparenz sind die Gemeinden als Eigentümerinnen der Spitäler verantwortlich und demzufolge werden sie bereits nächstes Jahr für ihre Obstruktionspolitik gegen die kantonale Spitalplanung teuer bezahlen. So will es der Staatsrat, welcher in seinem Dekretsentwurf zur Spitalplanung unmissverständlich verlangt: Die Gemeinden sollen voll für die 12 Millionen Mehrkosten aufkommen.

Pro EinwohnerInnen im Kanton Wallis macht das rund 40 Franken aus. Eine Überschlagsrechnung zeigt: Damit müsste beispielsweise Brig-Glis rund 440 000 Franken mehr an die Spitalrechnung bezahlen, Naters 240 000 Franken, Fiesch 40 000 Franken und Obergesteln 10 000 Franken. Der Preisüberwacher legt den Anteil der öffentlichen Hand vermutlich pro Spital separat fest. Weil die Oberwalliser Spitäler gemäss Bericht des Finanzinspektorats etwas transparenter sind als beispielsweise das Spital Sitten, werden die Oberwalliser Beiträge wahrscheinlich etwas tiefer ausfallen als oben angegeben.

Direktoren-Wahl am Kreisspital Brig sorgt für Zündstoff

Finanzchef Reinhard Venetz von CVP kaltgestellt!

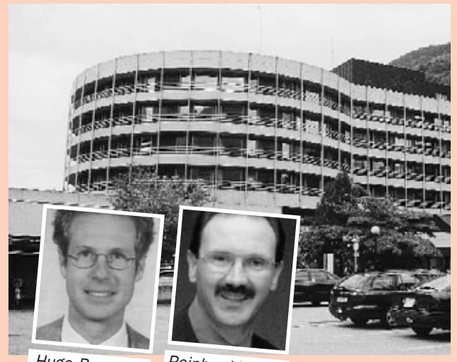
BRIG-GLIS – **Anfang September wählte der CVP-dominierte Verwaltungsrat des Spitals Brig den neuen Spitaldirektor Hugo Burgener. Beworben hatte sich auch Reinhard Venetz, der Finanzchef des Kreisspitals Brig. Der FDP-Grossratssuppleant Venetz hatte gegen den ehemaligen Präsidenten der CVP Naters keine Chance, obwohl die Mehrheit der Ärzte hinter ihm stand. Mit Zückerchen soll er nun bei der Stange gehalten werden.**

VON KURT MARTI

Da ist doch etwas faul! Der neue Spitaldirektor heisst Hugo Burgener und als ersten Entscheid gibt er bekannt: Reinhard Venetz, der Finanzchef des Spitals Brig, darf in die Geschäftsleitung! Mit diesem Zückerchen soll offenbar der FDP-Grossratssuppleant Venetz dafür entschädigt werden, dass seine Bewerbung für den Posten des Spitaldirektors vom schwarzen Spitalverwaltungsrat abgeputzt und dass ihm der früherer Präsident der CVP Naters, Hugo Burgener, vor die Nase gesetzt wurde. Pikanterweise hat Burgener noch vor seiner definitiven Wahl zum Spitaldirektor diesen Versöhnungsentscheid getroffen, wie aus einem internen Mail an die Spitalangestellten hervorgeht.

Hugo Burgener wird am parteipolitischen Kalkül zu nagen haben

Die Bewerbung von Venetz war von Anfang an chancenlos. Im siebenköpfigen Spitalverwaltungsrat geben die Schwarzen den Ton an, allen voran der Verwaltungsratspräsident Beat Mutter, die Natischer Gemeindepräsidentin Edith Nanzer-Hutter, die Briger Gemeindepräsidentin Viola Amherd und der Bitscher Gemeindepräsident Guido Walker. Hinzukommen der Fiescher CSP-Grossrat Fredy Huber, der Briger Treuhänder Alois Kämpfen und der Natischer Arzt Ulrich Peter. Erst im vergangenen Juni wurde der Verwaltungsrat auf sieben Mitglieder reduziert und damit ein reines schwarzes-gelbes Gremium geschaffen.


Hugo Burgener Reinhard Venetz

Man darf gespannt sein, ob diese schwarze Personalpolitik aufgeht. Der neue Spitaldirektor Burgener wird wohl noch einige Zeit am parteipolitischen Kalkül der CVP zu nagen haben, wenn man bedenkt, dass sich eine Mehrheit der Ärzteschaft des Spitals für die Wahl von Venetz ausgesprochen hat.

ROTE ANNELIESE · Nr. 169 / September 2001 5

Regionspräsident Josef Bumann will Aufträge für sein Büro

René Imoberdorf will einen Gratis-Schiessplatz

Renata Imseng will keinen Streit mit Visp und der CSP

Daniel Troger will Marlies Chanton einen Maulkorb umhängen

So hält die gelbe Connection ganz Raron, Baltschieder und St. German zum Narren!

RARON/BALTSCHIEDER/VISP – **Trotz Petitionen, Einsprachen und Urversammlungsbeschlüssen: Die Gemeinderäte von Baltschieder und Raron stimmten grossmehrheitlich für die Nordvariante, mit Ausnahme von CVP-Gemeinderätin Marlies Chanton in Raron und SP-Gemeinderat Beat Millius in Baltschieder. So halten die gelben Leithammel Josef Bumann, Ernst Troger und René Imoberdorf die Bevölkerung zum Narren.**

VON KURT MARTI

«Aufgrund der geführten Diskussion bittet Sie der Regionsvorstand an der bisherigen Linienführung entlang der Rhone festzuhalten. Auf weitere Studien und Planungen im Süden ist im Interesse einer raschen Realisierung zu verzichten.» Diese Zeilen schrieb die Region Visp/Westlich Raron am 28. Juni 2001 an den Chef des Baudepartementes Jean-Jacques Rey-Bellet (siehe Kopie des Briefes), unterzeichnet vom gelben A9-Ingenieur und Regionspräsidenten Josef Bumann, vom gelben Regionsvizepräsidenten Ernst Troger und vom gelben Regionssekretär Josef Indermitte.

Regionsentscheid ohne die betroffenen Gemeinden

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Gemeinderäte von Raron, Baltschieder und St. German noch gar nichts entschieden. Im Gegenteil: Bisherige Petitionen, kommunale Studien, Urversammlungsentscheide und Gemeindratsbeschlüsse gaben dem Süden eindeutig den Vorrang. «Im Regionsvorstand waren alle für die Nordvariante,» behauptet Bumann auf Anfrage. Erstaunlicherweise waren die direkt betroffenen Gemeinden Raron, St. German und Baltschieder gar nicht vertreten. Der Visper Gemeindepräsident René Imoberdorf hingegen liess sich vom Südgegner Niklaus Furger vertreten. Schliesslich geht es den Visper Gelben und Schwarzen um die Finanzierung des Schiessplatzes, welcher laut unberechtigter Drohung des Bundesbeamten François Guenot (siehe Kasten) im Falle einer Südvariante nicht vom Bund bezahlt würde.

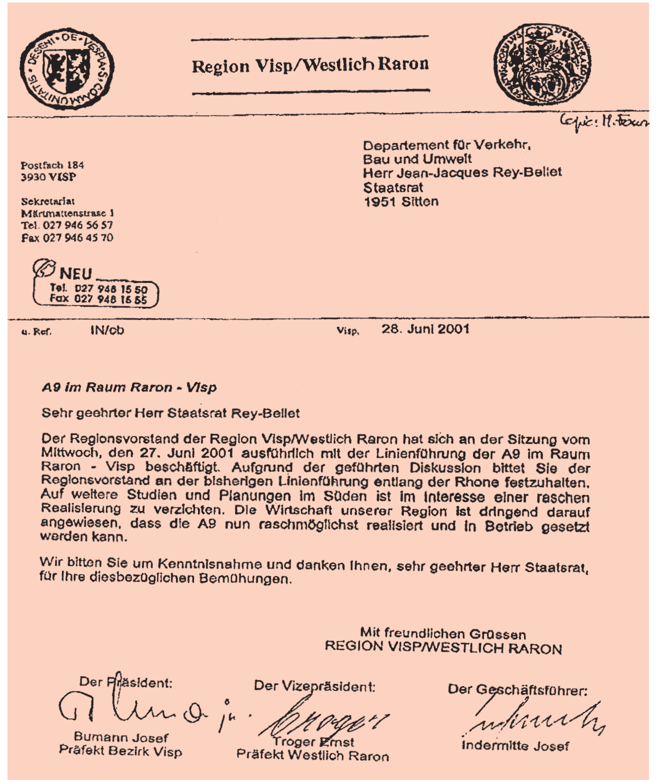
Statt noch mehr Boden mit Beton zu versiegeln, muss die Südvariante auf dem Trassee der heutigen Kantonsstrasse gebaut werden.

Multitalent Josef Bumann: Vertreter der Region, der Gemeinden, des Kantons und vor allem seines Ingenieurbüros!

Dass die hauptbetroffenen Gemeinden nicht anwesend waren, darin sieht Bumann überhaupt kein Problem. «Als Regionspräsident bin ich auch der Vertreter der Gemeinden,» lässt Bumann selbstherrlich wissen. Doch er treibt es noch bunter. Bumann ist auch Präfekt des Bezirkes Visp und in dieser Funktion der Verteter des auftragvergebenden Kantons. Damit nicht genug. Das Ingenieur-Büro Bumann-Bonvin hat auch die Leitung der Projektierungsgemeinschaft N9 Gampel-Visp. Damit ist also Bumann in Personalunion: Auftraggeber, Auftragnehmer, Vertreter der Region und der Gemeinden!

Renata Imseng: «Wir müssen regional denken.»

«Wir sind für die Nordvariante. Wir müssen regional denken,» lässt die Gemeindepräsidentin von Baltschieder Renata Imseng verlauten. Mit «regional denken» drückt sie ihre missliche Sandwich-Position aus. Aus Vernunftgründen käme für Baltschieder nur die Südvariante in Frage. Das hat die Bevölkerung von Baltschieder immer wieder zum Ausdruck gebracht. Unter anderem mit 96 Einsprachen, welche bis heute vom Kanton nicht behandelt wurden. Jetzt aber diktieren die gelben Oberbosse in Visp die Marschrichtung. Die Connection um Imoberdorf, Bumann und Troger drücken Baltschieder buchstäblich an die Wand. Im berechneten Kalkül, dass Gemeindepräsidentin Imseng gar nicht die Möglichkeit hat, aus der Connection auszuscheren. Als Gemeindepräsidentin hängt sie vom Goodwill von Visp ab, als gelbe Nachwuchspolitikerin im Grossen Rat ist sie auf die Parteihengste angewiesen. Hätte Imseng die Südvariante propagiert, müsste Baltschieder mit zahlreichen, finanziellen Retourkutschen aus Visp rechnen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Imseng offiziell für die Nordvariante plädiert, insgeheim aber nicht unglücklich über die Südvariante wäre.



Region Visp/Westlich Raron

Copie: M. Fournier

Postfach 184
3930 VISP

Sekretariat
Märtmattenstrasse 1
Tel. 027 946 56 57
Fax 027 946 45 70

NEU
Tel. 027 948 15 50
Fax 027 948 15 55

Departement für Verkehr,
Bau und Umwelt
Herr Jean-Jacques Rey-Bellet
Staatsrat
1951 Sitten

u. Ref. IN/cb

Visp, 28. Juni 2001

A9 im Raum Raron - Visp

Sehr geehrter Herr Staatsrat Rey-Bellet

Der Regionsvorstand der Region Visp/Westlich Raron hat sich an der Sitzung vom Mittwoch, den 27. Juni 2001 ausführlich mit der Linienführung der A9 im Raum Raron - Visp beschäftigt. Aufgrund der geführten Diskussion bittet Sie der Regionsvorstand an der bisherigen Linienführung entlang der Rhone festzuhalten. Auf weitere Studien und Planungen im Süden ist im Interesse einer raschen Realisierung zu verzichten. Die Wirtschaft unserer Region ist dringend darauf angewiesen, dass die A9 nun raschmöglichst realisiert und in Betrieb gesetzt werden kann.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme und danken Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsrat, für Ihre diesbezüglichen Bemühungen.

Mit freundlichen Grüssen
REGION VISP/WESTLICH RARON

Der Präsident: Bumann Josef, Präfekt Bezirk Visp
Der Vizepräsident: Troger Ernst, Präfekt Westlich Raron
Der Geschäftsführer: Indermitte Josef

Mit diesem Brief an Staatsrat Rey-Bellet setzten sich Josef Bumann, Ernst Troger und Josef Indermitte über die Interessen der Bevölkerung hinweg. Die «ausführliche Diskussion» wurde ohne die VertreterInnen der direktbetroffenen Gemeinen durchgeführt.

Städteplaner Snozzi spurt für die Südvariante

Baltschieder hat den renommierten Tessiner Städteplaner Luigi Snozzi für die Neugestaltung von Baltschieder verpflichtet. Mit überwältigendem Mehr stimmte die Bevölkerung von Baltschieder den Ideen Snozzis zu. Unter anderem wendet sich Snozzi gegen die Pläne des Kantons, Baltschieder über eine neue Strasse im Gebiet zwischen Baltschiederbach und Reitstall Cavallo inklusive neue Rottenbrücke direkt an die A9-Nord anzubinden. Viel wichtiger für Baltschieder sei die Anbindung an Visp, welche bereits heute besteht. Bekanntlich hat der Kanton nur eine einspurige Rottenbrücke zugelassen, weil er eine zweispurige Brücke bereits als Präjudiz gegen die Nordvariante in Visp wertete. Mit seinem Vorschlag liegt Snozzi also genau auf der Linie der Südvariante.

Wird Daniel Troger die Autobahnraststätte planen?

Ende August hat sich der Gemeinderat von Raron mit 6 zu 1 für die Nordvariante ausgesprochen. Die einzige Gegenstimme stammte von der CVP-Gemeinderätin Marlies Chanton. Noch vor sechs Jahren war der Gemeinderat der Meinung, die Südvariante in Raron sei die logische Fortsetzung der Südvariante in Visp. Letztes Jahr haben zudem 600 BürgerInnen eine Petition für den Süden unterschrieben. Doch der gelbe Gemeindepräsident Daniel Troger segelt voll im Fahrwasser seines Vaters Ernst Troger, welcher bereits im Jahre 1987 die Südvariante von Ingenieur Peter Tscherrig klammheimlich schubladisierte (siehe Kasten). Dass der Gemeinderat so eindeutig an den Interessen der Wohnbevölkerung von Raron und St. German vorbei politisiert dürfte zwei Gründe haben. Erstens werden die Gelben unterstützt von den Schwarzen Bauunternehmern im Hintergrund. Diese wollen nun so schnell wie möglich die Auftragsbücher füllen. Und zweitens könnten Rarons Planer und Bauunternehmer mit einem tollen Zusatzgeschenk rechnen, falls sie die Nordvariante des Kantons und des Bundes unterstützen. Im Gespräch ist nämlich der Bau einer Autobahnraststätte in der Nähe des Baggersees. Auch für den Architekten Daniel Troger wäre ein solcher Auftrag interessant. Längst ist vergessen, dass der Rarner Gemeinderat vor sechs Jahren noch gegen eine solche Raststätte war. Jetzt mischt das gelbe Regionssekretariat die Karten. Dass die Geschäftsstelle der «Gesellschaft der Walliser Autobahnrestaurants» bei der Walliser Handelskammer unter CSP-Politiker Thomas Gsponer angesiedelt ist, macht die Sache noch interessanter.

Kurt Salzgeber kam bös unter die Räder

Wie die CSP ihre Gemeinderäte herumbiegt, zeigt das Beispiel des CSP-Vertreters Kurt Salzgeber aus St. German. Anfänglich hat er die Südvariante propagiert, jetzt ist er auf die Nordvariante umgeschwenkt. Anfang September kam er anlässlich einer Versammlung der Befürworter des Südens ganz bös unter die Räder. Er hatte argumentiert, ihm sei eine Autobahn mit Flüsterbelag im Norden lieber als eine Kantonsstrasse entlang der SBB im Falle der Realisierung der Südvariante. Erstaunt musste er zur Kenntnis nehmen, dass es zwischen einer vierspurigen Autobahn und einer einfachen Erschliessungsstrasse für das Gebiet zwischen Raron und Visp ein merklicher Unterschied besteht. Nicht gedacht hatte er, dass man auch eine Erschliessungsstrasse mit Flüsterbelag bauen kann.

Maulkorb für Marlies Chanton

Dass hinter der Versammlung der Südbefürworter auch die CVP-Gemeinderätin Marlies Chanton steckt, hat Gemeindepräsident Troger schnell herausgefunden. Flugs versuchte er ihr einen Maulkorb umzuhängen, und zwar mit dem Verweis auf das Kollegialitätsprinzip. Da lägen abweichende Meinungsäusserungen und solche Veranstaltung nicht drin. Troger Junior und Senior brauchen offenbar etwas mehr Zeit, um sich an die neuen, demokratischen Gewohnheiten zu gewöhnen.

Der letzte Akt im Autobahn-Poker ist noch nicht gespielt. Das hat das Beispiel der A9 in Visp gezeigt. Jetzt hat das Volk das Wort und die Umweltorganisationen, welche die Nordvariante mit einer Flut von Einsprachen eindecken werden.

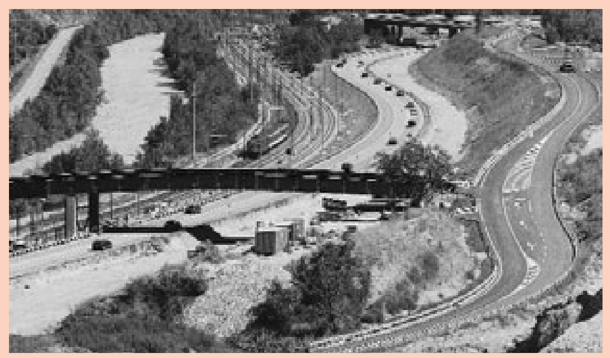
1987: Ernst Troger schubladisierte Südstudie

Kanton drehte Bauingenieur Tscherrig den Hahn zu

Der Fall des Bauingenieurs Peter Tscherrig zeigt eindrücklich, wie im Kanton der C-Einheitspartei mit KritikerInnen umgesprungen wird. 1987 bekam Tscherrig vom damaligen Gemeindepräsidenten von Raron, Ernst Troger, den Auftrag, für 10 000 Franken die Südvariante zu studieren. Es war ein reiner Alibiauftrag, mit dem Ziel, die Nordvariante zu stützen.

Als Tscherrig wider Erwarten zum Schluss kam, dass die Südvariante klare Vorteile für Raron aufweist, war beim Kanton und der Gemeinde der Teufel los. Es war von einem Rückenschuss gegen die Kantonsvariante im Norden die Rede. Troger schubladisierte die Studie und das kantonale Baudepartement ging zur Tagesordnung über, was heisst: Tscherrig galt als Vertreter der Südvariante und wurde in der Autobahnplanung konsequent geschnitten.

Pikanterweise schaltete schon damals der Kanton das Büro Transportplan von Charly Quinodoz ein, um Tscherrigs Südstudie zu widerlegen. Das Büro Transportplan hatte kürzlich denselben Auftrag des Kantons und es war keine Überraschung, als Quinodoz zum Schluss kam: Der Norden ist besser.



Das Baudenkmal Gamsen: Ein Wunder, dass es keine Knoten gibt!

In Gamsen hat das kantonale Baudepartement und der Bundesbeamte François Guenot die A9 so in die Landschaft gebaut, als ob in Visp die Nordvariante gebaut worden wäre, statt die Autobahn in den Süden zu rücken, wo sie von Visp herkommt.

- **Er verordnet das allerbilligste Büro, welches «sämtliche Unterlagen schon in der Schublade hat»**
- **Er droht ohne entsprechende Abklärungen: Wer nicht für den Norden ist, muss die Autobahnzufahrten selber bezahlen!**
- **Jetzt krebst er gegenüber der *«Roten Anneliese»* zurück: «Die Finanzierung der Anschlussbauwerke ist noch völlig offen.»**

Herr Gebietsvogt François Guenot, das Wallis ist ein Kanton und keine Kolonie!

(ktm) Auf Druck der Umweltverbände hat Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet einen Varianten-Vergleich Nord-Süd im Raum Visp-Raron in Auftrag gegeben. Die Studie wurde nicht, wie allgemein üblich, öffentlich ausgeschrieben, sondern dem Büro «Transportplan» von Charly Quinodoz anvertraut, welcher schon vor mehr als 10 Jahren im Dienste des damaligen Baudirektors Bernard Bornet die Südvariante von Ingenieur Peter Tscherrig abschoss (siehe Kasten).

«Das Büro Transportplan wurde beauftragt, weil es sämtliche Unterlagen schon in der Schublade hatte und damit entsprechend wenig kostete,» gibt François Guenot vom Bundesamt für Strassen ohne Skrupel zu, nicht ohne Wink mit dem Zaunpfahl: «Schliesslich zahlt der Bund 96 Prozent an die Kosten. Eine ausführliche Studie kam deshalb gar nicht in Frage.» Im Klartext: Guenot gibt zu, dass der Bund den Kanton Wallis aus Kostengründen gezwungen hat, ein reines Gefälligkeitsgutachten einzuholen.

Andreas Weissen: «Guenot ist ein grosser Manipulator.»

Im Bericht wird das Bundesamt für Strassen viermal zitiert, die Verbindungsstrassen nach Baltschieder und Visp mit neuen Brücken über den Rotten und die Vispa «könnten allenfalls nicht durch die Nationalstrasse bezahlt werden» oder «werden nicht bezahlt.» Bei dieser Drohung handelt es sich um die eigenmächtige Einschätzung des Bundesbeamten Guenot, denn auf Anfrage der **Roten Anneliese** krebst er notgedrungen zurück: «Die Finanzierung der Anschlussstrassen ist noch völlig offen.» Der WWF-Vertreter Andreas Weissen geht hart mit ihm ins Gericht: «Guenot ist kein Gebietsmanager, sondern ein grosser Manipulator. Er erpresst die Gemeinden mit unhaltbaren finanziellen Drohungen. Wann endlich stoppt der Direktor des Bundesamtes Guenots Intrigen im Wallis?»

■ Skin-Prügeleien an Wochenenden ■ Skinheads bedrohen Mitschüler an der OS ■ Skins immer noch in der Jungwacht

Polizeikommandant Bruno Romano: «Die Skinheads stellen für uns ein bedeutendes Sicherheitsrisiko dar.

BRIG-GLIS – **An Festen wie dem vergangenen Studentenfest in Brig prügeln sich regelmässig Skins aus dem Raum Brig mit Jugendlichen. Die Gesamtzahl der Rechtsextremen im Oberwallis ist massiv angestiegen und der Skin-Nachwuchs bedroht Mitschüler an der Orientierungsschule Glis. Ein weiterer Bericht aus der rechten Szene im Oberwallis.**

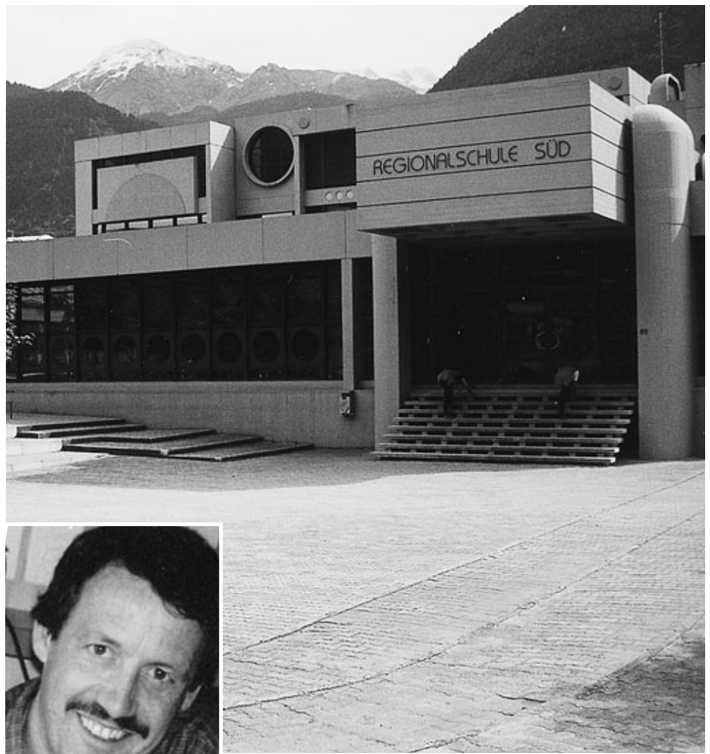
VON CYRILL PINTO

Am vergangenen Studentenfest in Brig wurden Jugendliche aus dem Raum Brig-Visp von Skins brutal attackiert bis die Polizei intervenieren musste. Fazit: zwei Verletzte und zwei Anzeigen gegen die rechtsextremen Unruhestifter. Am Tag darauf standen sich auf dem Sebastiansplatz Skins und Jugendliche aus dem Oberwallis gegenüber. Die Polizei musste dazwischentreten damit die Situation nicht eskalierte. Dazu Polizeikommandant Bruno Romano: «Wir haben ganz klar zwei Lager in Brig: Es sind dies die Skins und die Punks. Das Gewaltpotenzial ist klar bei den Skins am grössten, provoziert von den Punks.»

Ein Jugendlicher aus Brig: «Angriffe von Skins sind in letzter Zeit häufiger geworden. Sie ziehen meist in Gruppen von fünf Leuten durch die Strassen und attackieren Jugendliche, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen. Sie greifen aber nur an, wenn sie überlegen sind.» Die Briger Skins treffen sich meist im Britannia Pub. Für Andersdenkende ist dieser Wochenend-Treff tabu. Am Wochenende befinden sich im Britannia bis zu dreissig Skins. Allein diese Zahl ist fast doppelt so hoch, wie die offiziellen Angaben der Kantonspolizei über die Anzahl von Rechtsextremen im Oberwallis.

Schuldirektor Salzmann: «Skin zu sein, ist an der OS nur ein Modetrend.»

Latent ist das Problem auch an der Orientierungsschule in Glis wo eine Gruppe von Skins ihre Mitschüler aufgrund von Herkunft oder Aussehen bedroht. Ein Schüler der OS Glis erzählt: «Die Skins haben mich bedroht und mir gesagt, ich solle mir die Haare schneiden, ansonsten würden sie mich verprügeln. Ich werde während den Pausen auf dem Schulhof oder nach der Schule auf dem Weg nach Hause regelmässig bedroht und geschlagen.» Auch die Anzahl der Skins an der Gliser Orientierungsschule lässt aufhorchen: Innerhalb von zwei Jahren ist die Zahl von ein paar wenigen auf 30 Jugendliche angewachsen. Dazu der Brig-Gliser Schuldirektor Ewald Salzmann: «Skin zu sein, das heisst kahlgeschoren und mit Springerstiefeln in der Schule erscheinen sowie rechte Musik hören. Skin zu sein, ist an der OS Glis nur ein Modetrend. Von Rechtsradikalismus kann nicht gesprochen werden. Die Schüler sind ja noch viel zu jung.» Zu den Übergriffen von Skinheads auf Mitschüler erklärt der neue Schuldirektor und ehemalige Klassenlehrer von Jung-Skins: «Gewalttätige Übergriffe von Skins auf Mitschüler wurden uns keine gemeldet.»



Schuldirektor Salzmann: Skinheads als Modetrend

Gliser Jungwacht mischt immer noch mit

Nachdem die **Rote Anneliese** vor mehr als einem Jahr über die Verstrickungen der Gliser Jungwacht mit der rechten Szene in Brig berichtete, erwogen die Verantwortlichen des katholischen Jugendvereins eine Klage gegen die Oberwalliser Oppositionszeitung. Doch es blieb bei einer Drohung. Die **Rote Anneliese** weiss: Über den Ausschluss von Rechtsextremen aus der Jungwacht wurde nach dem Artikel im Mai letzten Jahres diskutiert - passiert ist jedoch nichts. Im Gegenteil: Die verantwortlichen Leiter sind immer noch in der Jungwacht aktiv und eine grosse Anzahl der Jung-Skins an der OS Glis sind Mitglieder der Jungwacht. Polizeichef Romano will dies nicht offiziell bestätigen, «aber auf Grund von Äusserlichkeiten von einzelnen Personen gehe ich davon aus, und es wurde von Dritten auch schon mitgeteilt.»

Stadtpolizei verhindert Skin-Konzerte

Romano weiter: «Die Skinheads stellen für uns ein bedeutendes Sicherheitsrisiko dar. Viele Einsätze am Wochenende erfolgen aufgrund von Prügeleien von Skins in der Briger Altstadt.» Aus diesem Grund lehnte die Stadtpolizei auch mehrere Male Gesuche für Skin-Konzerte in Brig ab. Dazu Romano: «Die Gesuche wurden von Privatpersonen gestellt, erst nach Ermittlungen von unserer Seite fanden wir heraus, dass es sich um ein Konzert von Rechtsextremen handelt. Die Bewilligung haben wir dann natürlich nicht erteilt.»

Bruno Romano hatte in seiner Laufbahn mehrmals mit rechten Skins zu tun. So war er in seiner Zeit bei der Urner Kantonspolizei für die Sicherheit der 1. Augustfeier von 1996 auf dem Rütli verantwortlich. «Schon damals gab es einen Aufmarsch von Rechtsradikalen. Mich hat erstaunt, dass in diesem Jahr von den Oberwalliser Skinheads niemand auf dem Rütli war.» Laut Stadtpolizei befindet sich die rechte Szene im Oberwallis noch in den Kinderschuhen, doch bereits jetzt pflegen die hiesigen Skins gute Kontakte zu Kameraden aus der Deutschschweiz und besuchen auch Konzerte im Unterwallis, wie die **Rote Anneliese** schon in ihrer letzten Ausgabe berichtete.

Das Britannia Pub in Brig ist der Treffpunkt der Oberwalliser Skinheads. Während des Studentenfestes prügelten sich auf dem Sebastiansplatz Skinheads mit Jugendlichen. Die Polizei musste eingreifen.

Handeln, bevor es zu spät ist!

(cp) Vor mehr als einem Jahr berichtete die *Rote Anneliese* über rechtsextreme Jugendliche im Oberwallis. Die Kantonspolizei spielt das Problem des Rechtsextremismus immer noch herunter, und die Medien bleiben stumm. Zu was sich rechtsextreme Gruppen entwickeln können, sehen wir an Beispielen wie der Deutschschweiz, wo sich Rechtsextreme in Parteien zusammenschliessen, welche in ihrem Parteiprogramm die «Internierung von Asylanten in Lagern» fordern und für welche der Ausschluss von AusländerInnen aus den Sozialversicherungen politische Priorität hat.

Seit mehr als einem Jahrzehnt versucht man im Osten Deutschlands gegen Neonazis und rechtsextreme Jugendbanden anzukommen, denn die Situation bei unserem Nachbarn ist weit beängstigender als in der Schweiz: In Ost-Deutschland errichten Rechtsextreme sogenannte «National befreite Zonen», wo für AusländerInnen und Andersdenkende kein Platz mehr ist. Traurige Bilanz: Seit Anfang der neunziger Jahre bis jetzt sind in den neuen Bundesländern mehr als Hundert Menschen durch rechte Gewalt ums Leben gekommen.

Auch wenn die Situation mit der in Deutschland nicht zu vergleichen ist - im Oberwallis formiert sich eine gewaltbereite, rechtsextreme Gruppierung. Die Öffentlichkeit darf diese Tatsache nicht mehr ignorieren oder herunterspielen und muss handeln, bevor es zu spät ist.

Die versteckten Symbole der Skins

88: Die beiden Zahlen stehen für den achten Buchstaben im Alphabet also HH für Heil Hitler. Combat 88 nennt sich auch eine rechtsextreme Terrororganisation aus England.

LONSDALE: Die Britische T-Shirtmarke ist bei Neonazis besonders beliebt. Die mittlere Buchstabenkombination ergibt die Folge NSDA.

Springerstiefel: Skins tragen meist Springerstiefel mit weissen Schnürsenkeln – die Schnürsenkel symbolisieren die weisse Rasse.

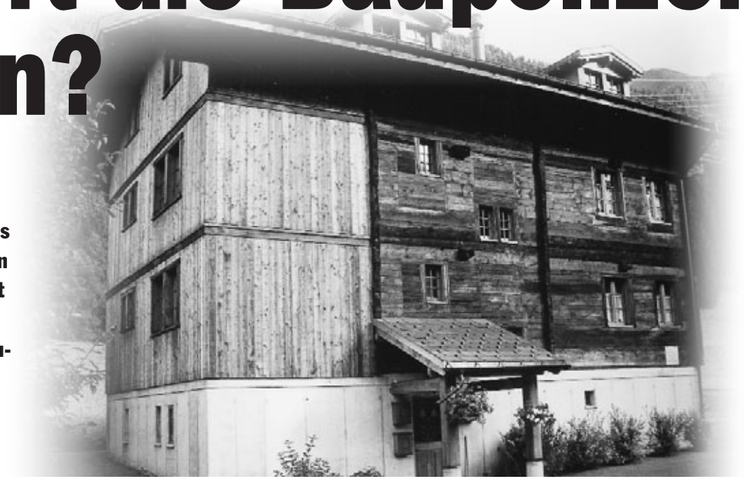
18: Steht für Adolf Hitler

Keltenkreuz: Das Keltenkreuz steht für die Überlegenheit der weissen Rasse. Skins benutzen oft Zeichen der nordischen Kulturen.

Rechtsextreme Musik: Jugendliche werden oft über rechtsextreme Musik politisiert. Musik wird von neonazistischen Organisationen gezielt als Propagandamittel eingesetzt. Zuerst hören die Jugendlichen die CDs zu Hause, dann wollen sie auch zu den Konzerten, wo sie auf den harten Kern der rechten Szene treffen und Kontakte knüpfen. Zu harter Rock-Musik werden meist fremdenfeindliche und rassistische Texte gesungen. Zu den beliebtesten Nazi-Rockgruppen gehören: „Böhse Onkelz“, „Störkraft“, „Endstufe“ oder „Kraftschlag“. Viele CDs dieser Bands sind in Deutschland und in der Schweiz verboten.

■ Illegale Pferdeboxen in Bodmen/Blitzingen
■ Bau eines Wohnhauses nach Lust und Laune

Wann greift die Baupolizei endlich ein?



BODMEN/BLITZINGEN – **Der Weiler Bodmen bei Blitzingen zählt zu den schützenswerten Ortsbildern der Schweiz. Doch beim Wiederaufbau eines Wohnhauses wurden die Auflagen der kantonalen Baukommission in den Wind geschlagen und seit zwei Jahren stehen vor dem Weiler zwei illegale Pferdeboxen. Der Kanton droht zwar mit der Räumung, doch mit schönen Briefen lässt sich Gemeindepräsident Bruno Diezig nicht bewegen. Da braucht es Bagger!**

Das Wohnhaus in Bodmen: Viergeschossig, mit östlichem Anbau, Dachlukarnen und Balkonen. Die Auflagen der Baukommission wurden in den Wind geschlagen.

VON KURT MARTI

Ein Wohnhaus in Blitzingen musste dem Neubau der Kantonsstrasse weichen. Deshalb reichte dessen Besitzer und Gemeindepräsident Bruno Diezig in Sitten ein Gesuch für den Wiederaufbau auf der anderen Seite des Rottens im Weiler Bodmen ein. Sein Gesuch wurde von der Baukommission mit einer Lawine von Argumenten abgeschmettert. Der viergeschossige Wohnbau sei in der Nähe von niedergeschossigen Nutzbauten «kaum erträglich» und könne «somit an dieser Stelle nicht wiederaufgebaut werden.» Falls aber ein Wiederaufbau erfolge, seien unbedingt Anpassungen bezüglich Gebäudehöhe und Geschosszahl zu machen. Im weiteren forderte die Baukommission, dass die Balkone, der östliche Anbau und die Dachlukarnen weggelassen werden.

Keine drei Monate nach dem negativen Entscheid der Baukommission hatte Diezig die Bewilligung mit Auflagen in der Tasche und durfte bauen. Heute steht das Wohnhaus genau so da, wie es ursprünglich die Baukommission kategorisch abgelehnt hatte: Mit vier Geschossen, mit Dachlukarnen, mit Balkonen und mit östlichem Anbau (siehe Foto). Auf Anfrage sagt Bruno Eyer, der Sekretär der kantonalen Baukommission, dass der Kanton «keine Kontrolle durchführte», ob das Wohnhaus vorschriftsgemäss gebaut wurde. Im Moment könne er dazu gar nichts sagen. Der Fall sei für die nächste KBK-Sitzung traktandiert, wofür er sich ein Bild vor Ort machen werde.

Keine Bewilligung, keine Mistgrube

Wenn sich Eyer im Goms aufhält, sollte er sich ebenfalls die zwei auffälligen Pferdeboxen vor dem Weiler Bodmen etwas näher ansehen (siehe Foto). Dort ist nämlich die private «Pferderanch» des Briger Geschäftsmann Charles Previdoli in Entwicklung, selbstverständlich ohne Mistgrube und ohne Einhaltung der Gewässerschutzvorschriften. Kein Mensch wundert es, dass Previdoli dafür keine Bewilligung hat, weder von der Gemeinde noch von der kantonalen Baukommission. Laut Eyer hat Previdoli ein Gesuch gestellt, welches von der Baukommission abgewiesen wurde. Previdolis Beschwerde hat der Staatsrat abgelehnt. Dazu Eyer ungehalten: «Wir haben Previdoli eine Frist zum Abräumen der Pferdeboxen gegeben. Diese ist längst verstrichen.»

Da braucht es den Bagger!

Previdoli ist beim Gemeindepräsidenten Bruno Diezig in guter Gesellschaft. Wenn sich der Gemeindepräsident nicht an die Vorschriften hält, wieso sollen sich die BürgerInnen daran halten? Und wenn der Kanton weder genug Baupolizisten hat, noch ausreichende Mittel, um seine Verfügungen auch durchzusetzen, dann hat die Narrenfreiheit in Blitzingen und auch in anderen Gemeinden Hochkonjunktur. In dieser Situation gibt es nur ein probates Mittel: Den Bagger!

Die «Pferderanch» des Briger Geschäftsmannes Charles Previdoli wurde weder vom Kanton noch von der Gemeinde bewilligt.

Wann kommt die Revision des Baugesetzes?

Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet liess auf Druck des WWF und der *Roten Anneliese* einen Expertenbericht über die Einhaltung der Bauvorschriften im Wallis erstellen. Der Bericht Zuffrey liegt seit einem Jahr vor und fordert eine Revision des Baugesetzes, insbesondere eine Aufstockung der Baupolizei und eine massive Erhöhung der Bussen. Nachdem der frühere Dominator der Baukommission Josef Zimmermann vorzeitig in Pension ging, sollte der Gesetzesrevision auch personell nichts mehr im Wege stehen.

Interview mit Daniel Jositsch*

«Ein Vorteil von 1'200 Franken ist strafrechtlich relevant.»

SITTEN – **CVP-Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet liess sich vom griechischen Reeder Georges F. Poulides beschenken. Laut Rey-Bellets Angaben beliefen sich die nicht bezahlten Vorteile auf 1 200 Franken. «Ein solcher Vorteil liegt klar über einem geringfügigen Vorteil und ist deshalb strafrechtlich relevant,» sagt Daniel Jositsch, Experte für Korruptionsstrafrecht an der Uni Zürich.**

Staatsrat Rey-Bellet wurde vom griechischen Reeder Georges F. Poulides hofiert.

***Rote Anneliese:* Hat sich Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet laut Korruptionsstrafrecht strafbar gemacht?**

Daniel Jositsch: Das revidierte und strengere Korruptionsstrafrecht trat am 1. Mai 2000 in Kraft. Somit kommt für die genannte Schiffsreise von Staatsrat Rey-Bellet im Jahre 1999 das alte Korruptionsstrafrecht zur Anwendung. Dabei gilt es zwei Punkte zu beachten: Erstens die Höhe des gewährten Vorteils und zweitens der direkte Bezug zur Amtstätigkeit. Zum ersten: Geringfügige Vorteile wie 20 Franken, ein Kaffee oder ein Blumenstrauss sind erlaubt. Ein Vorteil in der Höhe von 1 200 Franken liegt klar über einem geringfügigen Vorteil und ist deshalb strafrechtlich relevant. Zum zweiten: Es müsste ein klarer Bezug von der Begünstigung und der späteren Amtstätigkeit vorhanden sein. Man müsste also nachweisen, dass Staatsrat Rey-Bellet den Vorteil im Wissen entgegengenommen hat, dass er sich später zugunsten von Poulides einsetzen wird. Das dürfte schwer nachzuweisen sein. Hier zeigt sich die Schwäche des alten Korruptionsstrafrechtes eindrücklich.

Wie würden Sie die Privilegien von Staatsrat Rey-Bellet gemäss neuem Korruptionsstrafrecht beurteilen?

Im neuen Korruptionsstrafrecht hat man den klaren Bezug von gewährten Vorteilen und von späteren Amtshandlungen aufgegeben. Wer einen Vorteil im Hinblick auf die Amtsführung im allgemeinen entgegennimmt, ist strafbar, ausser es handelt sich um eine private Zuwendung. Als privat kann eine Zuwendung nur bezeichnet werden, wenn eine private Beziehung besteht, das heisst zum Beispiel ein regelmässiger, gegenseitiger Austausch von Geschenken zu Weihnachten oder zum Geburtstag.

Rey-Bellet hat gemäss eigenen Angaben den Schiffsreeder Poulides nur einmal zufällig vor der Reise gesehen und dann nie mehr getroffen.

Damit fällt der private Bezug wohl weg und die gewährten Privilegien auf dem Kreuzfahrtschiff sind gemäss neuem Korruptionsstrafrecht als sogenannte «Anfütterung» oder «Klimapflege» zu bewerten. Ein solches Anfüttern ist seit dem 1. Mai 2000 strafbar. Der Gesetzgeber ging davon aus, dass Geschenke in der Regel nicht ohne Grund gemacht werden, also dazu geeignet sind, eine Abhängigkeit des Amtsträgers hervorzurufen. Dabei kommt es aber auf die konkreten Umstände an, die selbstverständlich erst geprüft werden müssten. Die strafrechtliche Relevanz der Handlungen von Herrn Rey-Bellet lassen sich aber selbstverständlich nur bei Kenntnis der genauen Umstände richtig beurteilen.

Die Rechtfertigung von Herrn Rey-Bellet wirft allenfalls die Frage auf, ob er sich bewusst war, respektive bewusst sein musste, dass die Zuwendung im Hinblick auf die Amtsführung erfolgte. Selbstverständlich macht sich ein Amtsträger nur strafbar, wenn er sich überhaupt bewusst werden kann, dass ihm ein Vorteil zugewendet wurde. Hier kommt es auf die konkreten Umstände an. Immerhin aber macht der nachträgliche Dank skeptisch. Spätestens dann scheint sich Herr Rey-Bellet bewusst geworden zu sein, dass er beschenkt worden ist.

Wie beurteilen Sie die Privilegien politisch?

Weil die Reise vor dem 1. Mai 2000 stattfand, ist die Vorteilgewährung nur dann strafrechtlich relevant, wenn ein klarer Bezug auf die Amtstätigkeit von Staatsrat Rey-Bellet vorliegt. Strafrechtlich müsste ein solcher Bezug nachgewiesen werden, was nicht einfach sein wird. Wichtiger aber scheint mir die politische Dimension des Verhaltens von Staatsrat Rey-Bellet: Im Volk hat man das revidierte Korruptionsstrafrecht erst am 1. Mai 2000 zur Kenntnis genommen. Aber die ParlamentarierInnen und ExekutivpolitikerInnen haben von der Thematik schon längst Kenntnis und müssten darauf sensibilisiert sein. Bereits im Jahre 1998 schickte der Bundesrat die Gesetzesvorlage in die Vernehmlassung. Die Problematik müsste also jedem kantonalen und eidgenössischen Politiker schon seit mindestens drei Jahren bekannt sein. Die internationale Diskussion begann noch früher. Seit Beginn der 90-er Jahre geben internationale Organisationen wie «Transparency International», die UNO und die OECD entsprechende Verhaltensrichtlinien für Amtspersonen heraus. Es ist immer wieder erstaunlich, wie selbstverständlich unsere Amtsträger Vorteile annehmen und wie erstaunt sie auf den Vorwurf der Korruption reagieren. Ich denke, dass in diesem sensiblen Bereich eine gewisse Sensibilität einfach notwendig ist.

Herr Jositsch, ich danke Ihnen für das Gespräch.

** Spezialist auf Korruptionsstrafrecht, Rechtsanwalt in Zürich, arbeitet zur Zeit an einer Habilitationsschrift an der Uni Zürich zum Thema des revidierten Korruptionsstrafrechtes*

Interview: Kurt Marti

Warum hat Madame Rey-Bellet noch keinen griechischen Nerz?

Zum Glück gibt es den Fall Aliesch. Sonst wäre Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet möglicherweise in die gleiche Falle getappt wie der Bündner Regierungsrat und auch Madame Rey-Bellet wäre bald mit einem geschenkten, griechischen Nerz herumgelaufen. Jetzt ist Rey-Bellet gewarnt und eine weitere «Anfütterung» durch den griechischen Reeder Georges Poulides ist sehr unwahrscheinlich.

Jetzt ist es an der Geschäftsprüfungskommission (GPK), die Sache genauer zu untersuchen. Es ist Zeit, dass die GPK unter der Präsidentin Edith Nanzer-Hutter endlich an die Arbeit geht und nicht nur hauchdünne, harmlose Aufsätzlein liefert wie bis anhin. Die GPK muss jetzt die Frage klären, wie es mit der Aufenthaltsbewilligung und der Besteuerung von Poulides steht.

Rey-Bellet ist sich der Problematik offenbar nicht bewusst. Sonst hätte er die erhaltenen Privilegien in Form einer Spende für eine gemeinnützige Organisation weitergegeben und dies öffentlich gemacht. Stattdessen bedankte er sich insbrünstig und mehrfach bei Poulides für die erhaltenen Privilegien. Hier ist höchste Wachsamkeit geboten! Denn das neue Korruptionsstrafrecht wurde gerade deshalb verschärft, weil Bundesrat, Parlament und Kantonsregierungen der Meinung waren, dass Privilegien in der Regel den Zweck haben, die Amtsträger zu beeinflussen.

Stromexport nach Italien: Händler kassieren Millionen

Atomstrom verstopft Stromleitungen

WALLIS – **Die Walliser Hochspannungsleitungen nach Italien dienen nicht dem Abtransport der Wasserkraft zu Spitzenzeiten, sondern werden Tag und Nacht bis an ihre Grenzen mit Atom- und Kohlestrom verstopft. Dies geht aus den neusten Zahlen der Netzleitstelle der «Etrans» hervor. Die Stromhändler im Mittelland stecken immer höhere Millionengewinne ein, die heimfallende Wasserkraft trifft auf bereits ausgelastete Leitungen.**

VON HEINI GLAUSER*

Die Hochspannungsleitungen von der Schweiz nach Italien sind Tag und Nacht bis an die Belastungsgrenze besetzt. Im Wallis sind dies die Leitungen über den Nufenen, den Simplonpass, den Grossen St. Bernhard und den Col de Morgins. Die nebenstehenden Grafik für den Stichtag vom 3. September zeigt klar, dass die Stromleitungen nach Italien rund um die Uhr mit einer Leistung von 2 900 bis 3 300 Megawatt (MW) belastet sind. Dies entspricht ungefähr der Leistung aller fünf schweizerischen Atomkraftwerke (3200 MW). Damit wird die bestehende Leitungskapazität von 3 488 MW maximal ausgeschöpft. Eine 100-prozentige Netz-Auslastung ist aus Sicherheitsgründen nicht möglich.

Stromleitungen Tag und Nacht überlastet

Die Vereinigung der europäischen Übertragungsnetzbetreiber (ETSO) hat die maximale Leistung zwischen der Schweiz und Italien bei 2 700 MW (Sommer) und 2 900 (Winter) festgelegt. Eine höhere Auslastung führt zu Engpässen und der freie Stromhandel ist nicht mehr gewährleistet. Die Belastung der Walliser Stromleitungen lag am Stichtag des 3. Septembers 2001 immer über diesem Limit (siehe Grafik), so dass sich in bezug auf die Strommarktöffnung die brisante Frage nach den Reservekapazitäten im offenen Strommarkt stellt. Unabhängige Stromproduzenten, die keine alpenquerenden Hochspannungsleitungen besitzen, können leicht aus Kapazitätsgründen vom Stromtransport ausgeschlossen werden. Dies hat auf die kommende Heimfall-Diskussionen von Wasserkraftwerken im Wallis einen entscheidenden Einfluss!

Laut Strom-Experten liegt die wirtschaftlich optimale Leitungsbelastung bei einer Auslastung von rund 40 Prozent. Bei solchen Auslastungen liegen die Leitungsverluste bei einem Prozent. Bei höherer Auslastung steigen die Verluste im Quadrat an. Laut Experten sind die Verluste bei einer nahezu 100%-igen Auslastung bei rund 6 Prozent. Dies entspricht einem gigantischen Verlust von 200 MW oder beispielsweise der Leistung des Kraftwerks Innertkirchen I im Haslital.

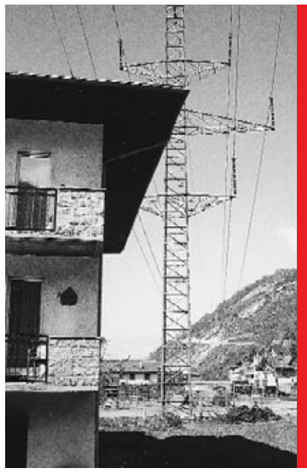
Stromhändler fahren Riesengewinne ein

Der Stromexport nach Norditalien ist vor allem Bandenergie aus Atom- und Kohlekraftwerken. Im ersten Halbjahr 2001 betrug der Export nach Italien fast 12 000 GWh. Im selben Zeitraum produzierten die Schweizer Kraftwerke 35 000 GWh und die Schweiz importierte vor allem aus Frankreich weitere 11 000 GWh, das macht ein Total von 46 000 GWh. Dem steht ein Stromverbrauch der Schweiz von 29 000 GWh gegenüber. Die grösste Stromhändlerin der Schweiz, die Aare-Tessin AG für Elektriziät (Atel), konnte ihren Absatz im europäischen Stromgeschäft in der ersten Hälfte 2001 um 27% steigern. Das brachte ihr einen zusätzlichen Gewinn von 215 Millionen Franken.

Private Profite gegen Landschaftsinteressen!

Das Export-Wachstum der letzten Jahre stösst an seine Grenzen. Seit Jahren bestehen daher Projekte für zusätzliche Hochspannungsleitungen, welche die heutigen Kapazitäten mehr als verdoppeln würden. Wenn Italien weiterhin auf die verbilligten Stromüberschüsse aus dem Norden zählt, wollen die Stromhändler weiter wachsen. Sobald das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) in Kraft tritt und die schweizerische Netzgesellschaft gegründet ist, dürfte ein grosser Druck auf den Bau und Ausbau von alpenquerenden Hochspannungsleitungen entstehen. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass dabei die Interessen des Landschaftsschutzes hinter diejenigen des privaten Profits zurücktreten werden.

Die Entschädigungsfrage für die Landschaftsnutzung darf in Anbetracht der exorbitanten Gewinne der Stromhändler nicht mehr tabu sein, denn eine 400 kV-Hochspannungsleitung beansprucht einen Landschaftskorridor von 100 bis 200 Meter, in dem andere Nutzungen eingeschränkt sind. Ohne substantielle Entschädigungen für die Beanspruchung von Naturgütern, werden die Stromhändler beliebig weiterwachsen, und gleichzeitig werden falsche ökonomische Signale für die Stromproduktion gegeben. Diese Probleme sieht auch Jürgen Stolz, der Präsident der europäischen Union zur Koordination des Transports elektrischer Energie (UCTE). Auch er bezeichnet die Stromautobahn nach Italien als überlastet und folgert: «Wir müssen die Kraftwerke in der Nähe der Verbraucher bauen.»

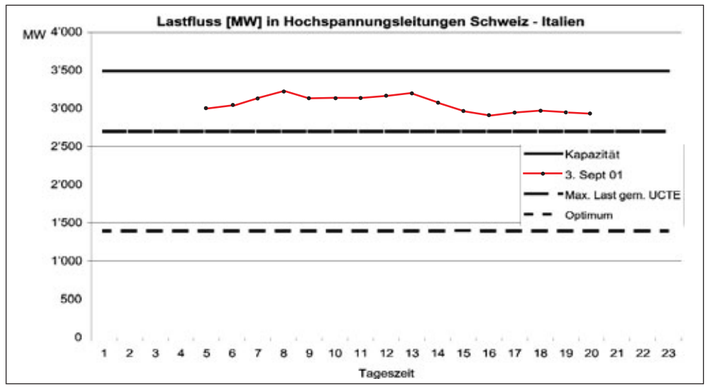


Die 220 kV-Leitung führt mitten durch Baltschieder hindurch. Die Nachteile für das Dorf- und Landschaftsbild und die Folgen des Elektrosmogs tragen die Einheimischen, der Profit aus dem Atomstromhandel fliesst in die Taschen der Aktionäre. Eine moderne Form des Kolonialismus!

Dringender Planungsbedarf

Es ist dringend notwendig, eine Planungs-Taskforce für den zukünftigen Stromtransport Schweiz-Italien aufzustellen, in der die öffentlichen Interessen genügend repräsentiert sind. Falls der Nord-Süd-Stromhandel eine langfristige Perspektive hat und nachhaltig gestaltet werden soll, sind alle Möglichkeiten in die Überlegungen einzubeziehen. Es sollte nach Inkrafttreten des EMG nicht das Gleiche riskiert werden, wie beim Strassenverkehr mit den Zollproblemen des Nord-Süd-Verkehrs nach Einführung der LSVA.

* Der Strommarktexperte Heini Glauser ist Präsident von Greenpeace Schweiz, Stiftungsrat der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) und Mitglied der SPS-Energiekommission



Die gesamte Leistung des Stromexports nach Italien lag am 3. September 2001 konstant über 2 900 MW. Laut Stromhandelsexperten entstehen im Sommer bereits ab 2 700 MW Leitungsengpässe. Die optimalste Belastung liegt noch tiefer bei 1400 MW.

■ Rinderwahnsinn und Maul- und Klauenseuche
■ KonsumentInnen wollen gesunde Lebensmittel
■ Doch Staatsrat Wilhelm Schnyder lächelt weiter

BIO SUISSE

Schon wieder lässt Sitten Bio-Gelder in Bern liegen!

SITTEN – **Im Vergleich zu anderen Kantonen hat das Wallis die Entwicklungen im Biolandbau gründlich verschlafen. Staatsrat Wilhelm Schnyder, die C-Parlamentarier, die Dienststelle für Landwirtschaft, das Landwirtschaftszentrum Oberwallis und die Oberwalliser Landwirtschaftskammer hängen immer noch an alten Zöpfen.**

VON REINHOLD BERCHTOLD, Biobauer

Das Berggebiet hat die besten Voraussetzungen für den Biolandbau. Der Kanton Graubünden hat zur Zeit 40% Biobauern und Biobäuerinnen, der Kanton Bern 30%, im Wallis sind es lediglich 7%. Die Walliser Bauern und Bäuerinnen verlieren im Vergleich zu Kanton Graubünden jährlich rund 20 Millionen Franken an Direktzahlungen für die Landwirtschaft. Es gibt vorab vier Gründe:

1. Alle Motionen zugunsten des Biolandbaus wurden von der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat gebodigt

Während der letzten Jahre hat die SP Oberwallis zur Förderung des Biolandbaus in Sitten folgende Motionen eingereicht, welche alle bachab geschickt wurden:

- Umstellung der Landwirtschaftlichen Schule auf Biolandbau
- Bildung einer Forschungsanstalt für den Biolandbau im Berggebiet
- Anstellen eines Bioberaters
- Einführung von Umstellungsbeiträgen an Biobäuerinnen und Biobauern
- Beteiligung an den Kontrollkosten der Biobetriebe

2. Die Dienststelle für Landwirtschaft setzt sich nur halbherzig für den Biolandbau ein

Staatsrat Wilhelm Schnyder gab immer wieder Lippenbekenntnisse ab, doch Taten sind bis jetzt wenig erfolgt. Statt sich für den Biolandbau im Wallis zu engagieren, befindet er sich ständig im Wahlkampf und verpasst so die Neuausrichtung in der schweizerischen Agrarpolitik.

Jüngstes Beispiel: Seit dem 1. Mai gibt es eine neue Ökoqualitätsverordnung. Laut dieser Verordnung haben Bäuerinnen und Bauern Anrecht auf zusätzliche Direktzahlungen für vernetzte ökologische Ausgleichsflächen. Der Kanton muss hierzu ein Konzept erarbeiten. Leider herrscht bis heute Funkstille. Auch diese Millionen bleiben wahrscheinlich in Bern (siehe Kasten).

3. Das Oberwalliser Landwirtschaftszentrum mit seinen Beratern hat es leider bis heute verpasst, voll auf die Karte Biolandbau zu setzen

Statt die Oberwalliser Bäuerinnen und Bauern zur Umstellung auf Biolandbau zu motivieren, fährt das Landwirtschaftszentrum mit seiner traditionellen Beratung weiter. Als löbliche Ausnahme: Norbert Agten setzt sich seit über 20 Jahren trotz wenig Rückhalt von offizieller Seite für den Biolandbau im Oberwallis ein.

4. Die Oberwalliser Landwirtschaftskammer hat auch unter der neuen Führung die Zeichen der Zeit nicht erkannt

Der neue Präsident Max Stalder hat bis jetzt noch keine neuen Strategien und Visionen präsentiert. Statt voll den Biolandbau zu puschen, wirkt er blass und farblos.

Jüngstes Beispiel: Die Biokommission der Oberwalliser Landwirtschaftskammer traf sich im ersten Geschäftsjahr zu einer einzigen Sitzung.

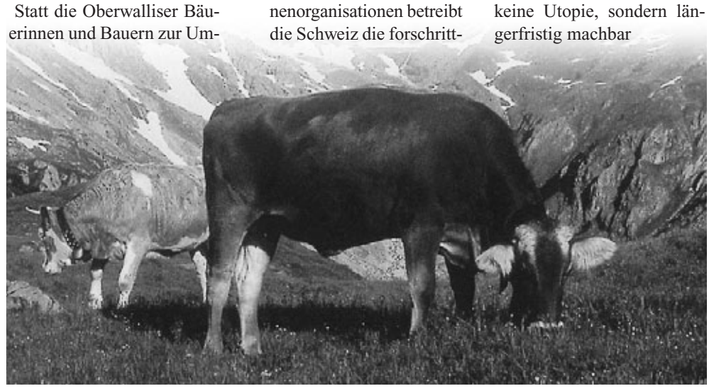
Trotz diesem schlechten Umfeld hat der Biolandbau viele Trümpfe in der Hand und wird sich längerfristig auch im Oberwallis durchsetzen.

- Dank SP, Grünen, Umwelt- und KonsumentInnenorganisationen betreibt die Schweiz die forschrittlichste Landwirtschaftspolitik Europas. Die neuen Direktzahlungen mit allen Ökoprogrammen macht den Biolandbau auch ökonomisch je länger je attraktiver. Dies werden auch die Walliser Bäuerinnen und Bauern früher oder später merken.
- Die moderne, intensive Landwirtschaft mit Massentierhaltungen wird auch in Zukunft für Lebensmittelskandale sorgen. Aus dieser Sackgasse gibt es nur einen Ausweg: die strengen und klaren Richtlinien des Biolandbaus.
- Die KonsumentInnen verlangen je länger je mehr natürliche, biologische, artgerechte und sozialverträglich produzierte Lebensmittel. All dies bietet der Biolandbau. Dies haben inzwischen auch verschiedene innovative Walliser Hoteliers gemerkt und kaufen immer mehr Bioprodukte ein. Hier liegt auch ein riesiges Potential von Synergien zwischen Landwirtschaft und Tourismus.

Fazit: Das Bioland Wallis ist keine Utopie, sondern längerfristig machbar

Graubünden handelt, Wallis schläft

Seit dem 1. Mai 2001 ist die Ökoqualitätsverordnung in Kraft. Landwirte, welche ökologische Ausgleichsflächen vernetzen (z. B. durch Hecken, Sträucher), bekommen mehr Ökobeiträge. Voraussetzung ist ein Konzept des Kantons. Doch da herrscht noch Funkstille, wie Recherchen der *Roten Anneliese* ergaben. Nicht so beispielsweise in den Kantonen Graubünden und Aargau. Das Bündner Amt für Landwirtschaft hat bereits ein Landschaftsschutzkonzept für die Region Domleschg nach Bern geschickt und rechnet damit für die Bauern mit Beiträgen in der Höhe von rund 250 000 Franken, wie Magnus Bonderer, Leiter für ökologische Leistungen, bestätigt. Weitere Konzepte sollen demnächst folgen. Auch der Kanton Aargau hat bereits die ersten Schritte eingeleitet und die Landwirte wurden in die Planung einbezogen.



Die KonsumentInnen wollen Bio-Produkte und keine BSE-verseuchten Rinder!

Zehn Gründe, wieso Bischof Norbert Brunner und Pfarrer Eduard Imhof gegen Schwule und Lesben wettern

Am Anfang der kirchlichen Sexualmoral stehen die Griechen, Römer und Perser!

WALLIS **–Bischof Norbert Brunner möchte den Schwulen und Lesben verbieten, ihre Sexualität zu leben und spricht in diesem Zusammenhang von einer «Kultur des Todes» und einem «teuflischen Spiel». Pfarrer Eduard Imhof will sich nicht länger von den Jusos schwul reden lassen und droht ihnen kurzerhand mit dem göttlichen Richter (siehe Kasten). Die «Rote Anneliese» sagt, wieso Brunner und Imhof so denken.**

VON KURT MARTI

1. Wenn Brunner und Imhof auf der Sexualität der Schwulen und Lesben herumhacken, dann steckt dahinter eine katholische Sexualmoral, welche auch für die Heterosexuellen gedacht ist und deren Wurzeln bis in die griechische Antike zurückreicht. Eine prägende Wirkung auf die katholische Sexualmoral hatten **die griechischen Denker Pythagoras, Platon und Aristoteles** sowie der Arzt Hypokrates. Sie befürchteten, dass allzu häufige sexuelle Betätigung die Gesundheit schädige, weil die Männer dadurch an Kraft und Energie verlieren.

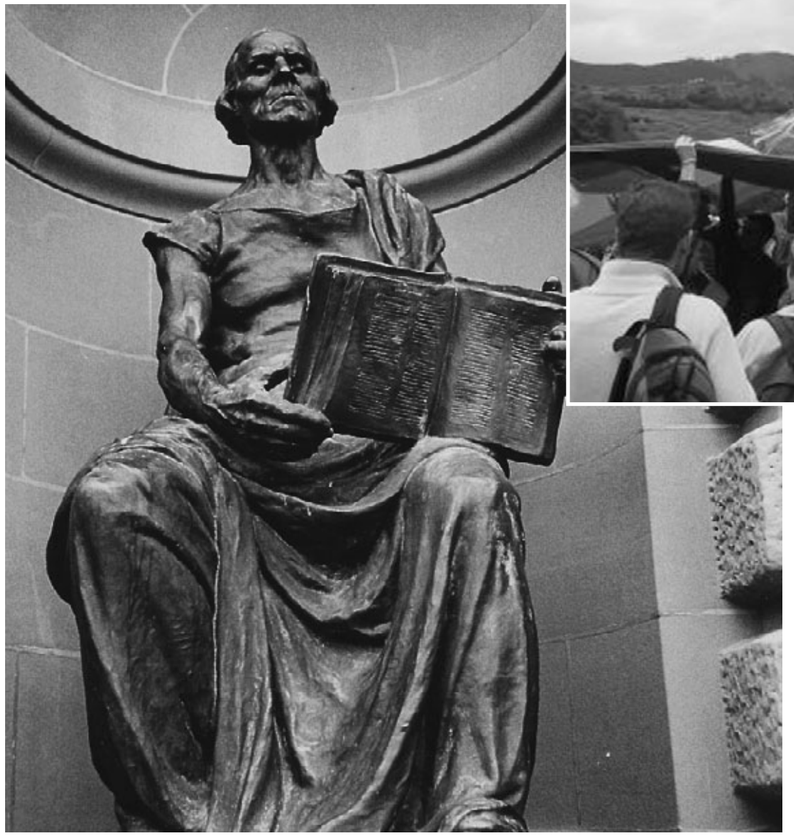
2. Während die Griechen das Luststreben grundsätzlich bejahten – jedoch mit Mass - verschärfte sich die Sexualmoral im ersten und zweiten Jahrhundert nach Christus. Die **Philosophen der Stoa** kultivierten eine rigorose Lustfeindlichkeit und erzogen in diesem Sinne zahlreiche Römer der herrschenden Klasse, zum Beispiel den späteren Kaiser Nero. Die Stoiker bezeichneten jeglichen Geschlechtsverkehr, welcher nicht der Zeugung von Kindern galt, als gegen die Natur («contra nuturam») gerichtet. Empfängnisverhütung und die Homosexualität lehnten sie folglich ab. Dieser römischen Argumentation schloss sich der Apostel Paulus an. Die Stoiker gelten als die Väter der Pillenenzykliken des 20. Jahrhunderts. Im Mittelalter wurden aufgrund der stoischen Naturrechtslehre im Namen der Kirche unzählige Homosexuelle auf dem Scheiterhaufen umgebracht.

3. Mit dem Verweis auf das Naturrecht begeht die katholische Kirche den schlimmsten theoretischen Fehler, den ein Ethiker begehen kann: den **naturalistischen Fehlschluss.** Die Menschen sollen sich in ihrem sexuellen Verhalten an den Tieren orientieren, welche auch nur alle paar Wochen, Monate oder Jahre sexuell aktiv sind und zwar allein mit dem Ziel der Zeugung. Es ist ein «naturalistischer Fehlschluss», moralisches Verhalten des Menschen mit dem Verhalten der Tiere zu begründen. Denn nach demselben Verfahren des Naturrechts lässt sich auch eine Haifisch- oder Löwenmoral untermauern.

4. Wenn Pfarrer Eduard Imhof im Zusammenhang mit der generellen Abholzung der Moral die Schwulen ins Spiel bringt, ist er ein getreuer Nachfolger der **heidnisch-römischen Stoiker,** insbesondere von Seneca, der predigt: «So wird, wenn dich die Wollust nicht mit ihrem Gifthauch berührt hat, auch jede andere Begierde, ohne dich zu berühren, an dir vorübergehen.» Also ist die Sexualität gemeinhin die Ursache allen Übels der Welt, geduldet nur im ehelichen Kontext zur Erhaltung der Bevölkerung. Das Ideal ist aber die Jungfräulichkeit und das Zölibat.

5. Kurz vor Christi Geburt kam wahrscheinlich aus Persien die **religiöse Bewegung der Gnosis** nach Europa. Diese predigte die Schlechtigkeit aller Leiblichkeit und Materie sowie die Enthaltung von Ehe, Sexualität, Fleisch und Wein. Der tiefe Pessimismus und die Verteuflung der Welt durch die Gnosis wurde ebenfalls für die geistige Strömung des Neuplatonismus im 3. Jahrhundert nach Christus prägend. Vor allem über den Kirchenvater Augustinus verseuchte die Gnosis die katholische Sexualmoral.

6. Der Kirchenvater Augustinus setzte der Sexual- und Lustfeindlichkeit noch eine weitere negative Komponente hinzu: **Die Sexualangst.** Wer die Lust des Geschlechtsaktes geniesst, wird mit der Erbsünde befleckt und das bedeutet ewige Verdammnis. Deshalb wurde Maria zur unbefleckten Jungfrau und ihre anderen Kinder wurden zu Vettern und Cousinen umfunktioniert. Deshalb mussten die Mütter nach der Geburt bis vor wenigen Jahren ausgesegnet werden. Maria wurde von den zölibatären, männlichen Sexualtheoretiker zum geschlechtslosen Wesen emporstilisiert und alle anderen Mütter zu befleckten Wesen abgewertet.



7. Die Biographie von Augustinus liefert die erschütternde Erklärung für seine Sexualmoral: Bei der Berechnung der unfruchtbaren Tage seiner Freundin ist ihm ein Rechenfehler unterlaufen, so dass sie ungewollt schwanger wurde. Seine Geliebte schickte er später in die Wüste und betrog sie überdies mit einer anderen Frau. Nach seiner **Bekehrung zum Christentum** plagte ihn das schlechte Gewissen dermassen, dass er sich in eine übertriebene Ablehnung aller Sexualität steigerte. Augustinus prägte die katholische Sexualmoral (wenn man hier von Moral überhaupt sprechen darf!) wie kein anderer in der Kirchengeschichte.

8. Die Lust- und Sexualfeindlichkeit der Stoa und der Gnosis diktiert die Sexualmoral der Kirche noch heute. Der Geschlechtsakt hat in erster Linie Zeugungsakt zu sein, die Lustbefriedigung ist hierzu bloss ein notwendiges Übel. Wer so denkt, der muss logischerweise homosexuelles Verhalten ablehnen, weil es bloss auf Lustgewinn, nicht aber aufs Kinderzeugen ausgerichtet ist. Deshalb sprechen Bischof Brunner und Pfarrer Imhof den Homosexuellen das Recht auf Sexualität ab. Mit diesem vorchristlichen, heidnischen Denken verstossen sie **gegen die europäische Menschenrechtskonvention,** welche in zwei diesbezüglichen Urteilen (1981 und 1988) das Recht auf homosexuellen Verkehr ausdrücklich bekräftigte.

Selbstgerecht und gegen die Menschenrechtskonvention: Die katholische Diskriminierung der Homosexuellen.

Bild oben rechts: Gay Pride in Sitten: Tausende von Menschen kamen, um für die Gleichberechtigung der Schwulen und Lesben ein Zeichen zu setzen.

9. Die katholische Kirche hat immer wieder die **gerechten Kriege verteidigt, aber nie die gerechte Verhütung.** Empfängnisverhütung wurde von der katholischen Moraltheologie unter anderem deshalb abgelehnt, weil geburtenschwache Jahrgänge den gerechten Krieg massiv erschweren. Ohne Kinder keine Krieger! Deshalb hat sich die katholische Kirche auf das «Schlachtfeld» der ehelichen Schlafzimmern konzentriert.

10. Soziologische Untersuchungen zeigen, dass ein Drittel der Bevölkerung stark schwulen- und lesbenfeindlich ist. Ein weiteres Drittel ist nicht frei von ablehnenden, **klischehaften Einstellungen.** Also rund zwei Drittel der Bevölkerung haben mehr oder weniger antihomosexuelle Einstellungen. Andererseits geben von 880 befragten Homosexuellen in der Schweiz an, dass sie wegen ihrer sexuellen Neigung diskriminiert werden, sei es durch unangenehme Witze, Beleidigungen, verhinderte Beförderungen, bis hin zu Psychoterror und zu körperlicher Gewalt. Auf dieser antihomosexuellen Welle reiten Bischof Brunner und Pfarrer Imhof und erhoffen sich wenigstens hier einen kleinen Applaus für die abgehalfterte katholische Sexualmoral.

Literatur:

Uta Ranke-Heinemann: Eunuchen für das Himmelreich. Katholische Kirche und Sexualität, 1998

Karlheinz Deschner: Das Kreuz mit der Kirche. Eine Sexualgeschichte des Christentums, 1974

Michel Foucault: Geschichte der Sexualität, 2 Bände, 1976 und 1984

Udo Rauchfleisch: Zum Problem der Homophobie, in: Wort und Antwort. Zeitschrift für Fragen des Glaubens; Themenheft Homosexualität, April/Juni 1998

Walter Kasper (Hrsg.): Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 5, S. 254-260, 1996

■ **Unwetterkatastrophe in Gondo und Baltschieder**
■ **Jetzt hat Pfarrer Eduard Imhof die Erklärung:**
■ **Die Schwulen sind schuld!**

Das ist doch nicht die christliche Art!

Dass Bischof Norbert Brunner gegen Homosexuelle wettert, weiss die ganze Schweiz. Dass auch der Briger Pfarrer Eduard Imhof ins gleiche Horn bläst, ist weniger bekannt. Imhof behauptet in seiner WB-Kolumne vom 7. Juli 2001, dass für die vermehrten «Unwetter» bei uns nicht das Abholzen der Regenwälder verantwortlich sei, sondern vielmehr das Abholzen der Moral. Dann bricht das moralische Unwetter auch aus ihm heraus: «Sollen Jusos und andere uns Moralprediger schwul schreiben, die Richter Gottes werdens richten.»

Dass die Unwetter eine Folge des verantwortlungslosen Handelns der Menschen sind, bestätigen mittlerweile die meisten Klimaforscher. Die Erdtemperatur erhöht sich in Folge des Ausstosses von CO_2 und dieses kommt zu einem grossen Teil aus den Auspuffen der Autos und Flugzeuge. In diesen Vehikeln sitzen Menschen, welche ein Gewissen haben und folglich fähig sind, verantwortlich zu handeln. Folglich sind die Unwetter tatsächlich eine Folge des Abholzens der Moral. Was hat das aber mit dem sexuellen Verhalten von Schwulen und Lesben zu tun?

Es ist eine statistische Tatsache, dass in den Autos und Flugzeugen bedeutend mehr Heterosexuelle wie Homosexuelle sitzen. Wieso also nicht zuerst den vor-, nach- und zwischenehelichen Geschlechtsverkehr der Heterosexuellen ins Visier nehmen sowie die diversen, unkatholischen Verhütungsmethoden? Auch Pfarrer Imhof weiss, dass in diesem Bereich der Kirche die Felle längst davon schwimmen.

Die katholischen Sexualtheoretiker verstehen traditionell unter Moral hauptsächlich die Sexualmoral; offenbar ist das für Zölibatäre besonders interessant. Jetzt haben sie einen letzten Strohhalm entdeckt, ihre heidnisch verankerte Sexual-Moral zum Thema zu machen: Die Schwulen und Lesben! Da können sie noch ohne Blessuren wacker in die Kerbe hauen. Da erhoffen sie sich Applaus von einer Bevölkerung, welche die Homosexuellen immer noch diskriminiert und ausgrenzt. Das ist perfid und unchristlich, wenn man bedenkt, dass Schwule und Lesben häufig Opfer von verbaler und physischer Gewalt werden.

Wenn also Bischof Brunner und Pfarrer Imhof an der moralischen Dekadenz der heutigen Zeit leiden und dafür den Sündenbock bei der Randgruppe der Schwulen und Lesben suchen, dann drängt sich die christliche Frage auf: Wie halten sie es mit der Nächstenliebe? Und warum prangern sie nicht die C-PolitikerInnen an, welche im Interesse des Mammons eine wirksame Klimapolitik bekämpfen und immer mehr Autotunnels und Autobahnen in die Alpenwelt klotzen? Die Schwachen prügeln und die Starken hofieren, das ist doch nicht die christliche Art!

■ Immer mehr illegale Sex-Salons
■ Keine ausreichende, gesetzliche Grundlage
■ Polizei sind die Hände gebunden

Wann handelt der Grosse Rat endlich?

Sündiges Eldorado Visp: Anonyme Häuserblöcke garantieren unerkanntes Treiben.

VISP/WALLIS **– Auf der «Roten Meile» zwischen Visp und Brig schiessen immer mehr private Puffs aus dem Boden. Eine gesetzliche Grundlage fehlt und die Polizei steht mit gebundenen Händen da. Im Interesse der Prostituierten, der Aids-Prävention und der öffentlichen Sicherheit braucht es endlich ein griffiges Gesetz.**

VON PATRICK ZEHNER

Das Geschäft mit der Lust am Rhonestrand boomt: Studio 15, Studio 2, Partyclub Chanelle, Club S.E.I.M, eine «Selbsthilfegruppe erotisch interessierter Menschen» oder der Bar-Sauna Club Tenne. Beispiel Visp: Fünf Bordellbesitzer haben am Städtchen mit der freundlichen Note ihr Gefallen und Auskommen gefunden und die Zelte in Visp aufgeschlagen. Sicherlich keine geplante Errungenschaft des Ortsmarketings. Allein im kleinen Litternagebiet, zwischen Eishockeyhalle und Ortseinfahrt, gibt es nicht weniger als drei Etablissements, nur eines ist – wie zumeist üblich – einer Bar angeschlossen, die anderen zwei befinden sich in den Hochhäusern Vispa und City Rhone. Hier geht's ohne Umschweife direkt zur Sache: Schnell und anonym!

Der Bau der NEAT verschärft das Problem mit der schnellen Triebabfuhr noch.

Prostituierte sind den Zuhältern ausgeliefert

Ähnlich im Restaurant «Sunna»: Viele «Zuhälter» versuchen, ihre Mädchen – Jugoslawinnen und Albanerinnen, in der schummrigen Bar auch ausserhalb ihres Jobs an den Mann zu bringen: eine Scheinheirat durch einen Dritten schafft dem Zuhälter einige Sorgen vom Hals. So sind die ausländischen Frauen selten als Tänzerinnen oder Animierdamen in Cabarets angestellt. Die Frauen aus Jugoslawien, Südamerika, Polen, Ungarn, Tschechien oder Afrika gehen vielmehr direkt der Prostitution nach. Auch der Standort ist mehr als typisch: abgelegen und in relativ anonymen Blöcken: «Diskretion garantiert!» Der Partyclub Chanelle und der Bar-Sauna-Club Tenne werden professionell gemanagt. Die Frauen werden nicht als Angestellte ausgegeben, sondern als Hausbewohnerinnen, oder wie im Fall des Bar-Sauna-Clubs Tenne als Hotelgäste. Damit sind die Frauen dem Willen der Bordellbetreiber oftmals frei ausgeliefert.

Gesundheits-Pass für Prostituierte

Die heutige Situation im Oberwallis ist völlig unbefriedigend. Es können keine Gesundheitskontrollen durchgeführt werden. Hamburg hat es vorgemacht: In der Stadt um die sündige Reeperbahn müssen alle registrierten Prostituierten regelmässig zu einem gesundheitlichen Check-up. Nur so erhalten sie einen Gesundheitspass und können ihren Beruf ausüben. Dieser Check-up schützt nicht nur die Frauen selber, sondern auch die Freier und deren Partnerinnen.

Zertifizierung von geprüften Clubs

An die Bewilligung von Sauna-Clubs oder Massagesalons müssen harte Auflagen gebunden werden. Wer den hygienischen und arbeitsrechtlichen Voraussetzungen genügt, erhält eine Bewilligung und darf seinen Club weiterführen. Das Gesetz muss der Sittenpolizei endlich die klare Handhabe bieten, ungenügende Clubs zu büssen oder gar zu schliessen.

Politik schaut hilflos zu!

Immer mehr «Private» haben jetzt den Trend erkannt und kassieren im Geschäft mit der Lust kräftig mit. Sie schlängeln sich geschickt durch die Unwegbarkeit eines untauglichen Walliser Prostitutions-«Gesetzes». Derweil agiert die Sittenpolizei zwischen Rat- und Hilflosigkeit. Ohne genügende gesetzliche Grundlage reicht es bei der Kantonspolizei gerade mal für das fremdenpolizeiliche Däumchendrehen. Nicht einmal zur amtlichen Kontrolle der Vergnügungsoasen oder gar der ärztlichen Überwachung des Milieus sind die Polizisten befugt.

Die Kantons- und Gemeindebehörden wiederum stecken ihren Kopf in den Sand und sind ratlos. Einzelmassnahmen sollen die Untätigkeit der bürgerlichen Politik kaschieren. Doch wie steht es mit der gesundheitlichen Kontrolle? Mit der Aids-Prävention? Und welche schmutzigen Finger mischen sonst noch mit? Fragen, die in Sitten und in den betroffenen Gemeinden offenbar niemand beantwortet sehen will!

Aus dem behördlichen Puff mit den Puffs führt nur ein Weg: endlich ein griffiges Gesetz, das Probleme löst, anstatt welche zu schaffen. Jetzt ist der Grosse Rat und der Staatsrat gefordert.

Der sündige Treck gen Westen

Die Prostitution ist ein undurchsichtiges Geschäft, genährt durch die Hoffnungen junger Frauen und die ausbeuterische Geschäftsgier windiger Geschäftsleute. Immer mehr Prostituierte kommen aus dem Ostblock oder Afrika mit der Hoffnung auf das schnelle Geld in die Schweiz. Mit Permis B und C ausgestattet, werden die jungen Frauen von der Innerschweiz, über das Tessin ins Wallis verschoben. Ein eigentlicher Sex-Treck von einem Puff ins andere!

Oder aber sie werden von zwielichtigen Vermittlern mit Touristenvisa in die Schweiz geschafft. Derart «legalisiert», können sie als Hotelgäste in hoteleigenen Bars anschaffen gehen. Auffallend: Kaum eine Prostituierte geht dem ältesten Gewerbe der Welt mit einem Tänzerinnen-Permis nach. Dementsprechend gering ist die Zahl der Cabarets im Vergleich zu den halbseidenen, privaten Rotlicht-Etablissements.

Linke Theorie-Zeitschrift «Widerspruch»

Zwanzig Jahre gegen den Strom geschrieben

1980 beschloss eine Gruppe linker Intellektueller eine Halbjahreszeitschrift herauszugeben, die sich mit politischer Theorie und Praxis befasste. Im März 1981 erschien das erste, rund hundert Seiten umfassende Heft der neuen Zeitschrift und war der «Krise der Parteien» gewidmet. Seither wurden vierzig Einzelhefte und zwei Sonderbände veröffentlicht.

VON HILAR EGGEL

Im Editorial des ersten Heftes formulierte das «Redaktionskollektiv», was mit der neuen Zeitschrift politisch angestrebt werden soll: «Sozialistische Politik muss sich heute mehr denn je ihres Selbstverständnisses versichern.» Zum einen müssen die strukturellen Bedingungen des bürgerlichen Krisenmanagements und deren gesellschaftspolitische Auswirkungen in Institutionen und Parteien konkreter analysiert werden. Zum anderen müsse eine grundsätzliche Überprüfung und Weiterentwicklung der eigenen theoretischen Grundlagen vorgenommen werden. Dazu müsse ein Diskussionsforum geschaffen werden, in dem die an marxistischer Theoriebildung und sozialistischer Politik Interessierten einen kontinuierlichen Diskussionsprozess einleiten können. Linke politische Arbeit müsse sich mit der Tatsache von starken, nicht parteilich organisierten Kräften auseinandersetzen. Die Einschätzung der politischen Situation, wie sie der «Widerspruch» umschreibt, hat sich als realistisch erwiesen und ist heute aktueller denn je.

Weitsichtige Analysen

Der «Widerspruch» spricht eine Leserschaft an, die sich ernsthaft für Politik und ihre Hintergründe interessiert und sich nicht mit den jeweils neusten Schlagwörtern abfindet. Um eine sachliche Diskussion führen zu können, wurden Schwerpunkthefte konzipiert, in denen Aspekte eines übergreifenden Themas unter verschiedenen Gesichtswinkeln und von verschiedenen Positionen aus beleuchtet werden. «Widerspruch» ist ein Programm: er setzt sich mit seinen Beiträgen gegen das herrschende kapitalistische System ein, äussert sich gegen die Verbrechen und Fehlleistungen des «real existierenden Sozialismus» und fordert als Prinzip eine konkrete sozialistische Theorie und Praxis.

Die Zeitschrift «Widerspruch» hat in vierzig Schwerpunktheften (plus zwei Sonderheften) Themen gebündelt und diese auf undogmatische, offene und kontroverse Weise diskutiert. Bei der Auswahl der Themen haben die Herausgeber immer wieder ein feines Gespür und Sensorium für politische Fragestellungen bewiesen. Dazu gehören Themen wie «Arbeit und Freizeit», «Politik und Staat», «Kulturzerstörung & Widerstandskultur», «Neuer Rassismus», «Demokratie radikal», «Globalisierung, Arbeit und Ökologie», «Bildung, Schule, Arbeit», «Globalisierung und Widerstand».

Der Oberwalliser Pierre Franzen

Von ursprünglich 800 Exemplaren hat es der «Widerspruch» in der Zwischenzeit auf eine Auflage von 2 700 Exemplaren gebracht. Finanziell unterstützt wird das Zeitschriftenprojekt durch einen Förderverein. Honorare werden keine ausbezahlt. Viele MitarbeiterInnen haben seit der Gründung der Zeitschrift mitgeholfen, den «Widerspruch» lebendig zu erhalten. Es wird sich wohl niemand übergangen fühlen, wenn man erwähnt, dass letztlich die Seele und der Kopf dieser Zeitschrift der Oberwalliser Pierre Franzen war und ist. Er ist massgeblich daran beteiligt, dass während nunmehr zwanzig Jahren eine Zeitschrift veröffentlicht wird, die sich nicht an den pflegeleichten Zeitgeist angepasst hat.

Zukunfts-Perspektiven

Vierzehn Beiträge widmet das neuste Heft dem Schwerpunktthema «Zukunfts-Perspektiven». In den letzten Jahren haben der «Terror der Ökonomie» und die Globalisierungsfolgen, weltweite Ungleichheit und zunehmende Verarmung, soziale Spaltung und Naturzerstörung neue Kontroversen über Alternativen und über linke Perspektiven ausgelöst. Im aktuellen Heft sind unter anderen die lesenswerten Beiträge von Arnold Künzli «Keine Zukunft ohne politische Demokratie und Wirtschaftsdemokratie», von Elmar Altvater «Die neue Finanzarchitektur» und von André Gorz «Vom totalitären Vorhaben des Kapitals» enthalten. Für engagierte Linke sind diese fundierten Analysen eine Fundgrube.

***Widerspruch.** Beiträge zur sozialistischen Polititk. «Zukunfts-Perspektiven», Nr. 40. Fr. 25.- ; erhältlich über den Buchhandel oder über: Widerspruch, Postfach, 8026 Zürich.*

Gedichtband von Salomon Biderbost

Wider den neurotischen Hang zum Sinn

Salomon Biderbost lebt seit 30 Jahren als Soziologe in Zürich und hat bereits Bücher zu den Themen Arbeit, Freizeit und Familie veröffentlicht. Er war Mitbegründer des Kritischen Oberwallis (KO) und der Roten Anneliese. Jetzt hat er einen Gedichtband veröffentlicht mit dem dreifachen Titel «Wortfolgen mit W wie Wal» oder «Fast ein Lebenslauf» oder «Wortspielereien».

Im Nachwort schreibt der Sozialkritiker Biderbost: «Obwohl die Wortfolgen ziemlich beliebig entstanden und nur der Form genügen mussten, verbargen sie scheinbar einen Sinn. Über diesen Befund habe ich nachgedacht und bin zu folgendem Ergebnis gekommen: Wenn ein Sinn gefunden wird, wo keiner ist, kann der nur von meinem neurotischen Hang zum Sinn stammen. Ich glaube, dass diese Störung weitverbreitet ist. Sonst würde die Werbung, sei es nun politische Werbung oder Produktewerbung, nie funktionieren. Wir würden diese Worthülsen retournieren, ohne ihnen einen Sinn einzuflössen.»

Hier drei Kostproben aus dem Gedichtband:

Wer Wölfe will, wird wahrscheinlich wegen Weidmännern Weinen.

Wir werden weiterbeten, wenngleich nur ein Wetter-leuchten winkt.

Wie wollen wir wachsen, wenn Würmer an unseren Wurzeln werkeln?

Der Gedichtband kann bei folgender Adresse bestellt werden:
Dr. Salomon Biderbost, Moosstrasse 70, 8038 Zürich

Arnold Künzli
Die Polarisierung von Citoyen und Bourgeois

Arnold Künzli wurde 1919 in Zürich geboren. Er studierte Philosophie, Germanistik und Romanistik. Er war Auslandkorrespondent in Rom, London und Bonn, später Redakteur in Basel. Er hielt nichts von einem «Kapitalismus mit menschlichem Antlitz» und forderte eine radikale Alternative, nämlich die Verwirklichung eines «demokratischen Sozialismus». Der Geltungsbereich der Bürger- und Menschenrechte sollte von der Politik auf die gesamte Gesellschaft, vor allem auf die Wirtschafts- und Finanzwelt ausgeweitet werden.

VON HILAR EGGEL

Rückgriff auf die Französische Revolution

Wenn Arnold Künzli die gegenwärtige politische und gesellschaftliche Situation beschreibt, greift er gerne auf die Französische Revolution zurück. Die Französische Revolution hat die Trikolore - Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit - nicht nur auf ihre Fahnen geschrieben, sondern auch laut ausposaunt. Sie ist aber auf halben Wege stecken geblieben. In ihrem Kampf für eine bürgerliche Gesellschaft hat sie klar und eindeutig unterschieden zwischen dem Citoyen, dem Staatsbürger, dessen Macht im Stimm- und Wahlzettel liegt, und dem Bourgeois, dem Besitzbürger, dessen Macht das Eigentum, und das heisst das Geld beziehungsweise das Kapital ist. Sie hatte also zwei Seelen in ihrer Brust. Diese Polarität ist bis heute geblieben. Wie Künzli schreibt, weht die Trikolore - Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit/Schwesterlichkeit - deshalb noch immer auf halbmast.

Zwar hat die Französische Revolution eine bürgerliche Gesellschaft und eine bürgerliche Demokratie hervorgebracht. Dennoch hat der Bourgeois seine partikularen Eigen-Interessen jederzeit zu wahren und zu sichern gewusst. Die formale Demokratie wurde Wirklichkeit, doch letztlich setzte sich der Bourgeois durch, der «eifersüchtig und in der Folge oft auch mit Gewalt erfolgreich zu verhindern wusste, dass die Emanzipation des Citoyen seine Interessen tangierte.»

Wirtschafts- und Finanzlobby

Der Citoyen hat aus heutiger Sicht auf politischem Gebiete das Stimm- und Wahlrecht erreicht. Wie ist diese politisch formale Errungenschaft einzuschätzen? Künzli äussert sich kritisch, da diese «de facto bereits in den Abstimmungs- und Wahlkämpfen durch die Geldmacht, die Wirtschaftsmacht des Bourgeois in grösserem oder geringerem Masse eingeschränkt wird.»

Künzli geht noch einen Schritt weiter. «Betrachten wir die Gegenwart», schreibt er, «so stellen wir einen beinahe totalen Triumph des Bourgeois fest, dessen Wirtschafts- und Finanzsystem in seiner imperialistischen Ausbreitung über die ganze Welt man Globalisierung nennt, auf keinen nennenswerten Widerstand mehr stösst, es sei denn in der Form seines eigenen Versagens.» Marx und Engels hätten in ihrem «Kommunistischen Manifest» die Parole «Proletarier aller Länder, vereinigt euch!» herausgegeben. Heute sei es zu einer Vereinigung der Bourgeois aller Länder gekommen. «Die politischen Rechte des Citoyen sind zwar gewahrt und zum Teil sogar ausgebaut worden – man denke an die politische Gleichstellung der Frauen als Citoyennes –, aber durch die Globalisierung ist die Macht des Bourgeois über den Citoyen noch gewaltig gesteigert worden.»

Globalisierung

Citoyen und Bourgeois stehen sich in den modernen westlichen Demokratien «feindlich» gegenüber. Diese Spannung erweist sich als unheilvoll. Denn die tradierte politische Demokratie bedarf des Rahmens eines Nationalstaates. Gleichzeitig vermag die kapitalistische Marktwirtschaft mit einem entsprechenden Finanzsystem diesen Rahmen zu sprengen und ihre Macht global auszuweiten.
Künzli stellt deshalb fest: «Obgleich nun Wirtschaft und Finanzwesen in einem kapitalistischen System schon immer über den nationalen Zaun guckten und oft

auch sprangen, stand bisher doch auch der Bourgeois mit seinen Füssen auf nationalem Boden. Zwar war die national abgesegnete Ehe zwischen Citoyen und Bourgeois von allem Anfang an gefährdet, aber nun ist der Bourgeois endgültig fremdgegangen und hat mit der Globalisierung die Scheidung eingereicht.» Zwar wird immer wieder behauptet, freie Marktwirtschaft und Demokratie bedingten sich gegenseitig. Spätestens heute muss aber festgehalten werden, dass das Gegenteil der Fall ist. «Die Macht des globalisierten Bourgeois ist so stark gewachsen, dass sie sogar die Macht des souveränen Nationalstaates und damit die der Demokratie in Frage zu stellen vermag.»

Linke Politik?

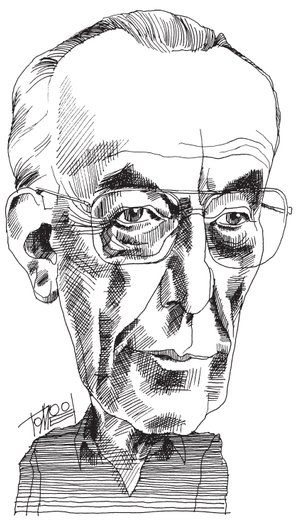
Was kann linke Politik dagegen unternehmen? Künzli analysiert die linken Parteien und kommt zu einem pessimistischen Schluss: «Machen wir uns nichts vor: es gibt im Augenblick in Europa keine demokratische Linke mehr, die diesen Namen verdiente und die über eine politisch ernstzunehmende Machtbasis verfügt. Das bedeutet: der Globalisierung genannte neoliberal-kapitalistische Imperialismus beherrscht sozusagen unumschränkt die Welt.»

Die europäische Sozialdemokratie hat mit dem Kapitalismus Frieden geschlossen. Künzli hält aber nichts von «einer Zähmung des Kapitalismus, von der heute oft die Rede ist. Nicht die Politik zähmt den Kapitalismus, sondern dieser korrumpiert die Politik.» Angesichts der bestehenden Machtverhältnisse gibt es zur Zeit keine echte sozialistische Alternative, die politisch verwirklicht werden könnte.

«Dass heisst aber nicht», erklärt Künzli, «dass man als demokratischer Linker resigniert...Ganz im Gegenteil schenkt einem die Unmöglichkeit, hier und heute die ökonomischen Verhältnisse radikal umzustürzen, eine willkommene Besinnungspause, die zu nutzen wäre im Bewusstsein, dass à la longue Ideen die Welt verändern, auch wenn man sie zunächst bloss als Flaschenpost auf den Weg schicken kann.»

Demokratischer Sozialismus

Künzli ist überzeugt, dass langfristig eine Alternative zum bestehenden Wirtschafts- und Finanzsystem geschaffen werden muss. Die Alternative ist für ihn der demokratische Sozialismus. Welche Zielsetzungen und Werte verfolgen ein solche Alternative? Für ihn bedeutet der demokratische Sozialismus «die beharrliche Ausweitung des Geltungsbereichs der Bürger- und Menschenrechte von der Politik auf die gesamte Gesellschaft, vor allem auf die Wirtschaft, zu der heute mehr den je auch die zum Teil unabhängig von der Produktion operierende Finanzwelt zu zählen ist.» Die Verfügungsgewalt über das Eigentum an den Produktionsmitteln muss demokratisiert und vergesellschaftet werden. Ist diese Forderung heute nicht eine Utopie und eine leere Floskel? Künzli hält dem entgegen: «Man muss gelegentlich ein «worst case»-Szenarium entwerfen und gewisse Probleme auf radikale Weise formulieren, um Aufmerksamkeit für die Gefahren wecken zu können, die sie bergen.»



Karikaturen aus dem Buch von «Es ist an der Zeit, radikal zu denken» (1988) von Arnold Künzli

Arnold Künzli
Menschenmarkt

Arnold Künzli analysiert in seinem Buch «Menschenmarkt» die wirtschaftlichen Interessen der Gentechnologie. Haben Gene und Geld irgendeine Gemeinsamkeit? Gibt es zwischen Ökonomie und Genetik Bezüge, die es erlauben, parallel zum Aktienmarkt in der Wirtschaft von einem «Menschenmarkt» in der Genetik zu sprechen. Künzli hat die starke Verflechtung zwischen Genetik und Ökonomie in einem hochaktuellen Buch herausgearbeitet. Die Genetik kann, schreibt Künzli, «wie andere Spitzentechnologien auch, schon allein aus finanziellen Gründen nur in stark hierarchisierten und arbeitsteiligen Gesellschaften entwickelt» werden. «Teure Forschung muss sich notwendigerweise bezahlt machen, sich also einen Markt schaffen.» Folge davon ist, dass die Menschenwürde immer weniger respektiert wird. Denn hinter den gentechnischen Entschlüsselungen stehen enorme ökonomische Gewinnerwartungen. Dies zeigt die Entschlüsselung des menschlichen Genoms ebenso wie die Diskussion über das Klonen von Menschen. In den Medien wurde berichtet, dass der italienische Stargynäkologe Severino Antinori - ohne Rücksicht auf Verluste - noch in diesem Jahr mit dem Klonen von Menschen beginnen will. Da nicht abzusehen ist, was noch erforscht werden wird und wie diese Forschung unsere Zukunft beeinflussen wird, ist es notwendig, die «neuen Erkenntnisse und Verheissungen» kritisch zu prüfen und zu hinterfragen. LeserInnen von Künzlis Buch können mit ihm und von ihm lernen, den Verheissungen der Forscher, die an der «technischen Revolution» herumbasteln, nicht blindlings zu folgen.

Arnold Künzli, Menschenmarkt. Die Humangenetik zwischen Utopie, Kommerz und Wissenschaft. Reinbeck 2001, 207 Seiten.

Wohin frau/man geht

Umwelt-Agenda

Sonntag, 23. Sept., 9.30 Uhr, Parkplatz Birgisch
Auf alten Suonen ins Gredetschtal
Ganztägige Wanderung entlang den traditionellen Suonen mit Richard Zurwerra

27. bis 30. September
Alpe Veglia – Alpe Devero
Wanderung mit Paul Ruppen

Sonntag, 29. September, 9.00 Uhr, Post Visperterminen
Forstliche Erschliessung-Waldpflege Brandbekämpfung
Exkursion mit Sigfried Bellwald, Inspektor Wald und Landschaft

Samstag, 6. Oktober, 11.15, PTT Brig
Besuch der Goldminen im Zwischbergental
mit Rolf Gruber

Samstag, 20. Oktober
Naturpflegeeinsatz
mit dem WWF Hand anlegen
mit dem Biologen Philippe Werner

Donnerstag, 25. Oktober, 19.00 Uhr, Hörsaal Lonza
Entwicklung neuer Medikamente am Beispiel von Malaria
Vortrag von Knut Burghof

Sonntag, 18. November, 8.00 Uhr Bahnhof Raron
Exkursion Raron – St. German
Halbtägige ornithologische Exkursion

Donnerstag, 22. November, 19.00 Uhr, Bahnhofbuffet Brig
Wie funktionieren Mikrochips und wie werden sie entwickelt?
Vortrag von Hubert Kaeslin

Nähere Informationen und Anmeldung:
Oberwalliser Umweltsekretariat
Tel. 027 / 923 61 62

Freitag, 2. November, 19.00 Uhr

Kongress der SP-Oberwallis

SP

im Restaurant Simplon, Naters

KELLER THEATER BRIG

Freitag, 21. September
Die Pest
von Albert Camus

Freitag, 5. Oktober, 20.30 Uhr
Hundeherz
Nach Michail Bulgakow

Samstag, 13. Oktober, 20.30 Uhr
Andreas Perger
Jazzgitarre

Freitag, 26. Oktober, 20.30 Uhr
René Caldart
«Grüezi», Bühnenstück

Freitag, 2. November, 20.30 Uhr
Erika Stucky
Mrs. Bubble & Bones

Freitag, 9. November, 20.30 Uhr
UG3
funk is in the house

Sonntag, 11. November, 11.00 Uhr
Schubert
Sonntagsmatinee

Mittwoch, 21. November, 20.30 Uhr
Donnerstag, 22. November, 16.00 Uhr
Senioren Theatergruppe Brig-Glis
Sketch, Satire, Besinnliches und Musik

Freitag, 30. November, 20.30 Uhr
Glenn of Guinness
Irisch Sound

Mittwoch, 28. November, 20.30 Uhr, 14.00 und 15.30 Uhr
Jorinde und Joringel
Kindertheater

Freitag, 30. November, 20.30 Uhr
Tandem Tinta Blu
Theos Kaffee Bar

Sonntag, 2. Dezember, 11.00 Uhr
Gitarren-Duo
Sonntagsmatinee

jeden Freitag, ab 18.30 Uhr
Politapero
im Restaurant Simplon, Naters

Kino um 17.00 Uhr

Der andere Kriminalfilm & Bücherausstellung über die Mafia
Filmklassiker ab 17.00 Uhr im Alfred Grünwaldsaal

Samstag, 15. September (Teil 1 und 2) und Sonntag, 16. September (Teil 3)
Der Pate I – III (The Goodfather)
Francis Ford Coppola, USA, 1972, 1974, 1991

Sonntag, 14. Oktober
Hana Bi – Feuerblume
Takeshi Kitano, Japan, 1997

Sonntag, 18. November
Der eiskalte Engel (Le Samourai)
Jean-Pierre Melville, Frankreich, 1967

Sonntag, 16. Dezember
Ghost Dog – The Way of the Samurai
Jim Jarmusch, USA, 1999

TÜNEL KULTUR Konzert & Cabaret — Tünelkultur Rest. Simplon Naters

Samstag, 29. September, 21.00 Uhr
Plastic Creatures
Musik aus den 70er, satt, erdig, rockig. Groovy!

Freitag, 12. Oktober, 21.00 Uhr
Manufaktur
Manufaktured Jazz and Video

Freitag, 26. Oktober, 21.00 Uhr
Luca Ramella
Schweizer Jazz-Quartett mit Walliser Blut

Samstag, 27. Oktober, 21.00 Uhr
Dr. Best goes Funky
Funk Party with Good Vibrations

Freitag, 16. November, 21.00 Uhr
Naïve Altitude
Jazz

Samstag, 24. November, 21.00 Uhr
Quatre in Toulouse
Die Ska-Band ist wieder da, mit neuer CD

Samstag, 8. Dezember
Reggae Night
Reggae/Dub/Ragga/Rasta: Music and Style

Dicke Eier

Pierro und die Schwarznasen

Der weggewählte Briger Stadtpräsident Peter Planche wurde während der Gemeinderatswahlen im Winter von WB-Chef Pius Rieder und Co. ganz bös geschnitten. Aufgeregt haben sich die blauen Oberen damals nur hinter vorgehaltener Hand. Schon eher madig macht sie, dass Rieder laut spitzen FDPO-Ohren einer hochrangigen Schwarznase verprochen haben soll: «Den Pierro machen wir schon fertig!»

Schnyder sass neben Roch

Der neue FDP-Staatsrat Claude Roch hat sich laut Staatsrat Wilhelm Schnyder in den ersten hundert Tagen die Erwartungen erfüllt. Schnyder hat dafür auch eine einleuchtende Erklärung: «Für mich ist das keine Überraschung, da ich mit ihm während über einem halben Jahrzehnt im Kollegium St-Maurice die Schulbank drückte.»

Erinnern Sie Sich noch?

Unter der Rubrik «Erinnern Sie Sich noch?» würdigt die **Rote Anneliese** ehemals aktive Politprominente. Noch im letzten Dezember war der gelbe René Imoberdorf glanzvoll ins Präsidium der CSP-Hochburg Visp gewählt worden. Ein Lichtblick im dünnen Politalltag der Gelben. Im Lauf der Monate sammelte er Mandat um Mandat, als letztes drängte er die Ruth Kalbermatter aus dem Spital-Verwaltungsrat ins Pfefferland. Dann erhielt er das Ticket nach Sitten. Dort wartet man und frau immer noch auf seine Ankunft.

Visper Ortsmarketing mit neuem PR-Chef

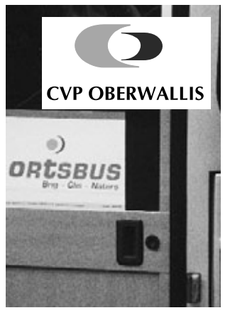
Das Visper Ortsmarketing ist ein Flop. Ausser einem Logo, dem Pürumärt und grossen Kosten hat das Liebkind von UBS-Gemeinderat Niklaus Furger nichts gebracht. Bei der angespannten Finanzlage in Visp sorgt das für Unmut. Nun reagieren die Visper Beamten und der Gemeinderat. In Zukunft wird der ehemalige Visper Beamte Harald Burgener (hab) in der Oberwalliser Tagespresse das teure Sorgenkind schönschreiben.

Armes und reiches Obergesteln

Die Renovation der Kirche von Obergesteln kostete viel Geld. Deshalb verschickte der gelbe Gemeindepräsident Hans Hallenbarter Bettelbriefe in alle Welt. Gross war bei den SpenderInnen die Verwunderung, als Obergesteln kurze Zeit später 250 000 Franken für eine Kandidatur für die nordischen Weltmeisterschaften locker machte. Die Wirtschaft ist ein Geben und Nehmen!

Ortsbus auf CVP-Tour

Der Ortsbus war ursprünglich eine Idee der SP. Die CVP wollte am Anfang überhaupt nichts davon wissen. Umso erfreulicher ist es jetzt, dass der Briger CVP-Gemeinderat Louis Ursprung voll dahinter steht. Sogar das neue Logo des Ortsbusses wurde schleichend auf das CVP-Zeichen angeglichen (siehe Foto). Schliesslich benutzen den Bus sehr viele ältere Leute und das kann bei den nächsten Wahlen nicht schaden. Frei nach Ursprungs OGA-Motto: Bewegte Herzen bewegen andere Herzen.



Herbert Dirren: «Ja, sind wir nicht mehr die Besten?»

Die unzähligen gelben Versicherungsagenten rannten dem Mobiliar-Chef Herbert Dirren die Türen ein und flugs darauf lief Dirren Sturm bei der Roten Anneliese. «Ja, sind wir nicht mehr die Besten?» fragte sich Dirren nach dem RA-Artikel über die privaten Gebäudeversicherer. Gemäss RA-Berechnungen kassieren sie im Jahr 46 Millionen zuviel. Im Artikel war die Rede von weiteren Problemen mit der Mobiliar-Versicherung. Das wollte Dirren nicht auf seiner Versicherung sitzen lassen und forderte eine Richtigstellung in der RA und sogar im WB. In der Luft lagen rechtliche Konsequenzen. Doch alsbald ging Dirren die Luft aus. Denn als er erfuhr, dass die heisse Aussage vom Glückskette-Chef Viktor Ruch stammte und dieser das Interview unterschrieben hatte, krebste Dirren zurück. Obwohl Ruch eine Klarstellung schrieb, war Dirren nicht mehr gewillt, sie zu veröffentlichen. Dirren hatte nur die RA im Visier. Keineswegs wollte er die Glückskette anschwärzen, welche ja bei Versicherungslücken in die Bresche springt.

Hier die von Dirren schubladisierte Klarstellung: «In der Roten Anneliese Nr. 167 vom April 2001 wurde ich u.a. wie folgt zitiert: Wir haben zudem auch Probleme in der Schadenabwicklung bei der Mobiliarversicherung festgestellt.» Anscheinend haben einige Leser diese Aussage mit der Versicherungsgesellschaft «Die Mobiliar» in Verbindung gebracht. Ich möchte ausdrücklich festhalten, dass mir keine Probleme in der Schadenabwicklung dieser Versicherungsgesellschaft gemeldet wurden. Die Bezeichnung ‚Mobiliarversicherung' im Text ist als Volksmundversion des Begriffes ‚Hausratversicherung' zu verstehen.»

Victor Ruch
Schweizerisches Rotes Kreuz / Delegierter für Katastrophenhilfe Schweiz

Die Schwarzen und Gelben verbreiten die *«Rote Anneliese»* per Fax.

Die Roten machen die *«Rote Anneliese»* zum Geschenk oder abonnieren sie!

☐ **Ich bestelle die «RA»** ☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax: 027 923 69 71

Im Sekretariat der Roten Anneliese

Büro (15 m²) zu vermieten!

Ort:
Beim Restaurant Simplon in Naters, im 3. Stock

Preis:
150 Franken pro Monat

InteressentInnen können sich bei folgender Adresse melden:

Redaktion Rote Anneliese
Telefon 027/923 63 89

Müllkippe im national geschützten Auengebiet «Sand» bei Oberwald

Hokuspokus verschwindibus: Wo ist der Müllberg?

OBERWALD – **Das national geschützte Auengebiet «Sand» bei Oberwald präsentierte sich im letzten Sommer noch als Müllhaufen. Mitte September war der Müllberg verschwunden und das Gebiet von Baggern ausplaniert. Sowohl die Gemeinde Oberwald als auch die kantonale Dienststelle für Wald und Landschaft wissen nicht, wo der Müll hingekommen ist...**

Der Müllhaufen im letzten Sommer (oben) und die Planierung Mitte September (unten).

VON KURT MARTI

Wer letzten Sommer auf dem Wanderweg von Gletsch nach Oberwald wanderte, traf kurz hinter Oberwald im national geschützen Auengebiet «Sand» auf einen unappetittlichen, riesigen Müllhaufen: Bauabfälle aller Art, Bügeleisen, Stereoanlagen, Staubsauger, Bügelbretter, alte Haustüren, ja sogar ein ausgestopfter Hirschkopf.

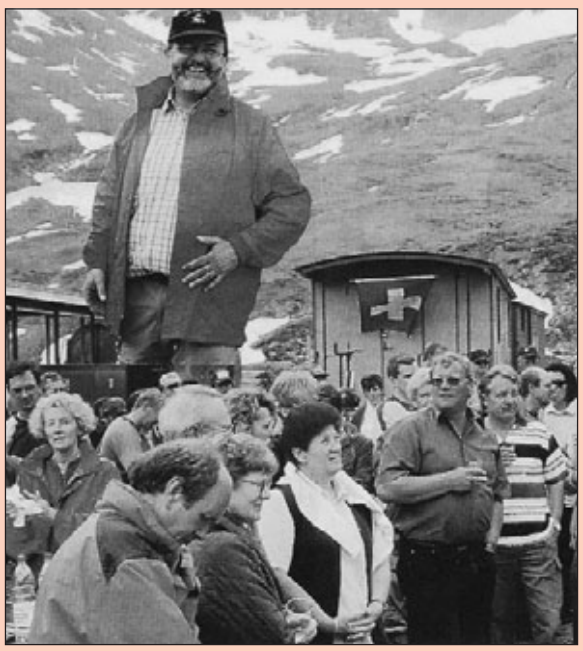
Wurde der Müll verlocht oder entsorgt?

Anfang September war der Müllberg plötzlich verschwunden und das Gebiet mit Geröll und Sand überdeckt und ausplaniert. Nur an wenigen Stellen schaute etwas Müll heraus. Jetzt stellt sich die brennende Frage: Wurde der Müllberg einfach verlocht oder ordentlich entsorgt? Odilo Hischier, Gemeindepräsident von Oberwald: «Von einer Planierung weiss ich nichts, und auch nicht von einer ordentlichen Entsorgung des Mülls.» Dieselbe Antwort kommt von Peter Keusch von der kantonalen Dienststelle für Wald und Landschaft: «Wir haben einzig die Ablagerung von Wurzelstöcken bewilligt. Von einer Entsorgung des Mülls ist mir nichts bekannt.» Hier ist eine genaue Klärung notwendig.

Barrieren schauen gegen den Himmel

Als im Sommer 2000 bei der **Roten Anneliese** Klagen von Einheimischen über die unhaltbaren Zustände eingingen, konfrontierten wir die zuständige Dienststelle für Wald und Landschaft mit den Fakten. An einer Ortsschau mit der Gemeinde wurde vereinbart, dass das Gebiet für Motorfahrzeuge gesperrt wird, und zu diesem Zweck wurden Barrieren angebracht. Verantwortlich für die Aufsicht ist gemäss der Schutzverordnung des Kantons der Forstdienst, namentlich der Revierförster Gabriel Lauber. Dieser ist verpflichtet Widerhandlungen an die Dienststelle für Wald und Landschaft zu melden. Die Aufsicht betrifft auch die Kontrolle der Barrieren. Die Barrieren blieben in den letzten Monaten offen. Auch Mitte September war die Barriere nicht abgeschlossen und es waren keine Verbotstafeln angebracht. Und dies obwohl im August BürgerInnen von Oberwald beim Kanton interveniert haben und die Weisung vom Kanton an den Forstdienst Obergoms ging, die Barrieren endlich abzuschliessen.

Der heitere Schluss



Der FO-Direktor Rolf Escher inmitten seiner MitarbeiterInnen...

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 169 / September 2001
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis